

Die Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

A 1

Faschistenterror im Landtag!

„Lügenkerl“ Landtagspräsident — Der legale Weg zur
Macht beginnt mit der Verhängung des Nazi-Faustrechts
im Parlament — Blutiger Überfall der faschistischen
Übermacht gegen die Kommunisten-Abgeordneten

Nachdem in der zweiten Sitzung des neu-
gewählten preußischen Landtages der Natio-
nalsocialist Kerl mit den Stimmen der
Nazis und des Zentrums zum Präsidenten, der
Sozialdemokrat Wittmack bei Stimment-
haltung der Nazis zum Vizepräsidenten und
der Zentrumsmann Baumhoff zum zweiten
Vizepräsidenten gewählt war, entstand während
einer Anklagerede des Kommunisten Pleck
gegen die faschistischen Mörder in den Reihen
der Nazi-Fraktion eine ungeheure Schlägerei.
Die an Zahl fast dreimal so starke Nazi-Fraktion
griff gegen die Kommunisten vor, die
trotz energischem Widerstandes von der Über-
macht in einem ungeheuren Tumult, in dem
die Abgeordneten der übrigen Parteien flucht-
artig den Saal verließen, herausgedrängt
wurden. Die Nazis stimmten dann das Lied
„SA marschiert“ an, das von den bestellten
Tribünenbesuchern herab mitgesungen wurde.

Auch SPD-Abgeordnete schwer verletzt

Eine bürgerliche Korrespondenz berichtet:
Einige Zeit nach der Saalschlacht im preu-
ßischen Landtag sah es wüst im Saale aus.
Schwere Ledersessel, Tischkästen, zerbrochene
Lampen und ein Tohuwobhu von Papier, Ab-
stimmungskarten, was sich sonst in den her-
ausgerissenen Kästen der Arbeitsplätze der
Abgeordneten vorgefunden hatte, lag, beson-
ders in dem kommunistischen Sektor, herum
auf dem Boden. Man konnte von dem Ein-
gang der Kommunisten auf der linken Seite
des Hauses kaum den Sitzungssaal betreten
und mußte erst mühsam über die Reste der
Mobiliars hinwegsteigen.

In den Wandelgängen herrscht eine außer-
ordentliche Erregung, die auch das Publikum
ergriff, das sich auf den Wandelgängen des
Tribünesgeschosses versammelt. Bald wäre
es zu einer Fortsetzung der Schlägerei ge-
kommen, wenn die Beamten des Hauses nicht
eingegriffen hätten. Die Fraktionsführer der
Parteien bemühen sich, ihre Mitglieder zu
Fraktionssitzungen zusammenzubringen. Es
wurde inzwischen bekannt, daß bei der Schlä-
gerei Kommunisten und Sozial-
demokraten schwer verletzt wor-
den sind. Der Geschäftsführer der sozial-
demokratischen Fraktion, Abg. Jürgen-
sen, mußte bewußtlos aus dem
Sitzungssaal getragen werden.
Der kommunistische Abgeordnete Krämer
ist am Kopf schwer verletzt worden. Jürgen-
sen mußte genäht werden, da ihm die
eine Gesichtshälfte aufgerissen worden ist. Er
wurde ins Krankenhaus gebracht.

Wieder wiederholt sich das Schauspiel, das
schon die letzte Reichstagsitzung geboten
hatte. Die gerissene Taktik der Nazis beginnt
mit einem gewählten parlamentarischen Auf-
treten und endet, nachdem sie die zu
erreichenden Positionen erschlichen hat, mit
Tumulten des Faustrechts, Exzessen unter
Führung der Rollkommandos, die die parla-
mentarischen Scheinverhandlungen sprengen.
Was es im Reichstag ein gehäßter demo-
kratischer Journalist, der dem Terror zum

Opfer fiel, so wandte sich diesmal die
faschistische Strafexpedition gegen die zahlen-
mäßig viel schwächere Abgeordnetenfraktion
der Kommunisten und auch gegen die Sozial-
demokraten.

Noch die gestrigen bürgerlichen demo-
kratischen Abendblätter konnten sich aufs
Neue nicht genug tun über die „Zähmung der
widerspenstigen“ Nazis. „Die Nazis“, schrieb
die „Vossische Zeitung“, „stellen sich als das
bezügliche Käthen vor, das sich den parla-
mentarischen Brüchen fügt und die Geschäfts-
ordnung einhalten will.“ Ihre Höflichkeit, ihre
Gesittung — die demokratische Reife der
konterrevolutionären Bürgerkriegspartei wurde
eifrig gelobt. Der Naziführer Kerl, ge-
nannt der Lügenkerl aus Peine, wurde mit den
Stimmen des Zentrums Präsident des Preu-
ßischen Landtages! Kaum war dieser weitere
wichtige Schritt der Nazis zur Macht in
Preußen und im Reich getan, da zeigte das
Käthen seine Krallen. Es hielt seine Ge-
schäftsordnung ein, die Geschäftsordnung der
konterrevolutionären Lynchjustiz. Die Saal-
schlacht im Preußischen Landtag, die die
Nazis provozierten, zeigt blitzartig, wo wir
stehen. Morgen bereits sollten die Koalitions-
verhandlungen der Mörderpartei mit dem
Zentrum beginnen. Die Jesuiten des Zen-
trums haben sich als Uebertaktiker aufge-
spielt, versicherten, daß sie ähnlich wie in
Württemberg auch in Preußen die entschei-
denden Machtpositionen nicht aus der Hand
geben würden, um das Funktionieren der Ver-
fassung zu garantieren! Dieses „Weiterfun-
ktionieren“ zeigt sich jetzt rechtzeitig im hellen
Licht. Arbeitervertretern wird unmöglich ge-
macht, von der Parlamentstribüne die Nazis
als das zu bezeichnen, was sie sind: Eine
Mörderpartei! Keine Staatsgewalt ist mehr
imstande, die einfachsten Grundrechte der
parlamentarischen Verfassung zu garantieren.
Die heute noch tolerierte Brüning-Diktatur
hat die spärlichen Rechte der demokratischen
Freiheiten solange abgebaut, bis es so weit
war, wo wir heute stehen.

Soll das Verhängnis nicht seinen Lauf
nehmen, so muß jetzt die Umkehr kommen.
Sie kann nur kommen, wenn die Arbeiter-
klasse sich gegen den Faschismus einigt, ihre
Gegensätze zurückstellt und einen Verteidi-
gungsblock schließt, wie ihn die klassen-
bewußten Arbeiter aller Richtungen seit Jahr
und Tag gefordert haben.

Es wäre verhängnisvoll, wenn nach den
Sturmszenen im preußischen Landtag heute
der selbstmörderische Bruderkampf im Prole-
tariat weitergehen sollte. Wir fordern die
kommunistische und sozialdemokratische Par-
teiführung auf, heute noch an alle Arbeiter-
organisationen heranzutreten, gemeinsam
mögliche Abwehrschritte zu beraten, unverzüg-
lich in die Tat umzusetzen. Wir fordern
kommunistische und sozialdemokratische Ar-
beiter auf, alles Trennende zurückzustellen und
auf ihre Führungen in diesem Sinne einzu-
wirken!

Sofortige gemeinsame Massenkundgebungen
der Arbeiterorganisationen im ganzen Reiche
als erster Schritt gegen den faschistischen
Terror sind nötig!

Der Ruf der Verzweifelten

Nach Waltershausen: Solingen, Gotha, Aachen
„Schießt, befreit uns von diesem Jammerdasein“

Die Vorfälle von Waltershausen mehren
sich. Auch am Dienstag kam es wieder in den
verschiedensten Teilen des Reiches zu Erwerbs-
losendemonstrationen, wobei die Polizei ein-
griff. In Gotha, wo es bereits am Montag
dieser Woche zu Erwerbslosenansammlungen
auf dem Marktplatz gekommen war, versam-
elten sich am Dienstag wieder viele Er-
werbslose im Volkshausgarten, worauf die
Polizei eingriff und sie vertrieb. Ein Teil der
Demonstranten setzte sich hierauf nach dem
Hauptmarkt in Bewegung, wurde aber von der
Polizei weiter verfolgt und vom Marktplatz
abgedrängt. Die Polizei nahm sieben Verhaf-
tungen vor.

In Solingen ging die Polizei mit der
Schusswaffe gegen demonstrierende Erwerbs-
lose vor.

Desgleichen kam es in Aachen zu Er-
werbslosenkundgebungen, wobei die Polizei
einschritt und vier Verhaftungen vornahm.

Überall dasselbe Bild: die nackte Not
treibt die Massen auf die Straße und sofort
wird Polizei eingesetzt, um die gestörte „Ruhe
und Ordnung“ wieder herzustellen. Die herr-
schende Klasse verlangt von den Opfern der
kapitalistischen Krise, daß sie ihr hartes
Schicksal in Geduld ertragen und dem Blick
der Satten nicht lästig werden. Darum wer-
den öffentliche Demonstrationen verboten.
Statt aber die Demonstrationen der Erwerbs-
losen als ein Warnungssignal an ihre eigene
Adresse anzusehen, glaubt die Bourgeoisie,
der Arbeiterklasse noch ständig weitere

Opfer zumuten zu können. Sie hat die Zu-
versicht, daß die Polizei die Durchführung
ihres Unterdrückungsraubs schon sichern
werde. Doch diese Zuversicht täuscht. Ein
Beweis hierfür sind die Vorfälle in Planitz
bei Zwickau, über die wir schon gestern kurz
berichtet haben. Als dort die Polizei, den
Gummiknüppel schwingend, die Räumung des
Wohlfahrtsamtes forderte, erscholl ihnen aus
dem Munde ausgemergelter, vom Hunger ge-
zeichneter Arbeiter der Ruf entgegen:

„So schießt doch! Befreit uns von die-
sem Jammerdasein, wir krepieren so oder
so!“

Das ist der Ruf von Verzweifelten, und
wehe denen, die ihn überhören! Zu denen
scheint offenbar auch der Planitzer Bürger-
meister zu gehören. „Hat es in anderen Orten
Gummiknüppel abgesetzt, so kann es auch
einmal in Planitz Dresche geben“, erklärte er
den Erwerbslosen mit provozierendem Zynis-
mus. Die Erwerbslosen ließen sich gleich-
wohl nicht zu Ausschreitungen hinreißen. Das
hinderte indessen die Polizei keinen Augen-
blick, mit dem Knüppel gegen die Erwerbs-
losen vorzugehen und blindlings und wahllos
auf die Menge einzuhauen. Als dann die Er-
werbslosen die Straße betraten, wurden sie
gleich Verbrechern von einem Ueberfall-
kommando umstellt und aufs neue mit dem
Knüppel bearbeitet, wobei die Schläge auch
auf von der Arbeit heimkehrende Arbeiter
niedersausten.

Japanischer Vormarsch zur sowjet-russischen Grenze Hauptquartier nach Charbin verlegt

In der Nähe von Charbin sind
heftige Kämpfe zwischen chinesischen
Aufständischen und japanischen Truppen
im Gange. Die Aufständischen waren nach
japanischen Meldungen bis in die Nähe
von Charbin vorgedrungen. Japanische
Streitkräfte mit Artillerietanks und Flug-
zeugen wurden gegen sie eingesetzt. Der
Eisenbahnverkehr in westlicher Richtung
ist eingestellt, ebenso der Flußdampfer-
verkehr, der unter Artilleriefeuer steht.
General Honjo, japanischer Oberkomman-
dierender, hat seinen Stab nach Charbin
verlegt. Japanische Truppen nähern sich
der sowjetrussischen Grenze.

Der Ueberfall kann jede Stunde
erfolgen

Poststreik in Schanghai

Sämtliche Schanghaier Postangestellte sind
in einem Streik eingetreten. In der Streik-
erklärung wird gegen die Politisierung der ge-

samten chinesischen Postverwaltung und gegen
die Trennung der Sparkasse von der Postver-
waltung Einspruch erhoben. Es wird befürchtet,
daß sich der Streik auf ganz China ausdehnt.

Keine Durchreiseerlaubnis für Völkerbundkommission

Von amtlicher russischer Seite wird ge-
meldet, daß die Völkerbundskommission zum
Studium der politischen Verhältnisse im
Fernen Osten an den sowjetrussischen Gene-
ralkonsul Slawuchi die Bitte gerichtet habe,
den Mitgliedern der Kommission Einreise-
visum nach Blagoweschtschensk zur Weiter-
reise nach Sachaljan zu erteilen und dort die
politische Lage zu studieren und mit General
Ma zusammenzutreffen. Der sowjetrussische
Generalkonsul hat sich mit dem Außen-
kommissariat der Sowjetunion in Verbindung
gesetzt und in dessen Auftrag der Kom-
mission mitgeteilt, daß er gezwungen sei, daß
Einreisevisum für die Völkerbundskommission
zu versagen, da die Sowjetregierung eine
Neutralitätspolitik führe und deshalb auch
keine Schritte zugunsten der Völkerbunds-
kommission tun könne.

Rund um den Deva-Skandal

Der Zentralausschuß der „Inneren Mission“, die Gesamtvertretung der sozialpolitischen und charitativen Unternehmungen der evangelischen Kirche, das führende Organ der evangelischen Kirche in der freien und privaten Wohlfahrtspflege, steht wieder einmal im Mittelpunkt eines Skandalprozesses.

Die Fürsorgeerziehungsskandale, die mittelalterlichen, barbarischen Methoden in der Ausbeutung und Mißhandlung der unglücklichen jungen Proletarier, die der „Zentralausschuß für Innere Mission“ zum Schutze gegen Verwahrlosung anvertraut wurden, waren schon häufig Gegenstand von Gerichtsverhandlungen. Im vergangenen Jahre hat ein Gericht unter dem erschütternden Eindruck der Beweisaufnahme in einem Prozeß um die Fürsorgeanstalt Reklingen in Schleswig-Holstein ein vernichtendes Urteil über die Fürsorgeerziehungsmethoden der „Inneren Mission“ gefällt, und in wenigen Tagen beginnt der Prozeß gegen die verantwortlichen Leiter der Anstalt „Waldhof“, Templin, einer „Musteranstalt“ der Inneren Mission, der Zustände enthüllen wird, die an Niedertracht und Zynismus den Fall der Anstalt Scheuen weit in den Schatten stellen wird.

Die Mißstände in den Arbeitsanstalten der „Inneren Mission“, in denen arbeits- und obdachlose Proletarier in einer Weise ausgebeutet werden, die lebhaft an die Zeiten der Leibeigenschaft erinnert, haben die proletarische Presse ebenfalls durch die bewegten Klagen der betroffenen Opfer beschäftigt.

Besonders tolle Zustände herrschen aber im Verwaltungsapparat für die weitverzweigten und umfangreichen Wirtschaftsunternehmungen der „Inneren Mission“. Vor wenigen Wochen wurde die Leiter der „Evangelischen Zentralbank“, die auf das engste mit den Wirtschaftsunternehmungen der „Inneren Mission“ liiert war, wegen Betruges zu Gefängnisstrafen verurteilt. Den Höhepunkt der Gerichtssaison über die merkwürdigen Praktiken der „Inneren Mission“ wird jetzt im „Devaheim“-Prozeß erreicht; dieser mit größtem Interesse erwartete Prozeß gegen die Verantwortlichen am Zusammenbruch der Deutsch-evangelischen Heimstätten G. m. b. H., die sich aus der 1926 gegründeten Bausparkasse der „Inneren Mission“ entwickelt hat. Durch diesen Zusammenbruch sind viele Tausende von Bausparern um ihre Ersparnisse geprellt worden: Viele Millionen wurden bei dieser merkwürdigen „Liebestätigkeit“ der evangelischen Kirche veruntreut. Auf der Anklagebank sitzt als Hauptangeklagter der Pastor D. Cremer, Mitglied des Zentralausschusses der „Inneren Mission“, Präsident der allmächtigen „Deutschen Liga für private Wohlfahrt“, Aufsichtsrat in ungefähr zwanzig Wirtschaftsunternehmungen der „Inneren Mission“, Präsident des Finanzausschusses, der über viele Millionen Wohlfahrtselder verfügt, die zu einem Teil auch staatlichen Subventionsgeldern an die Kirche entstammen. Dieser führende und exponierteste Kopf der ganzen privaten und kirchlichen Wohlfahrtspflege wird angeklagt, eine Reihe von Untreuehandlungen zum Nachteil der im Devaheim-Konzern zusammengeschlossenen Gesellschaften des Zentralausschusses der Inneren Mission begangen zu haben, die vor allem in der Verwendung von Bauspargeldern zu unzulässigen Geschäftstransaktionen und eigennützigen Zwecken verwandt zu haben.

Pastor Cremer hat in einer Erklärung, die so gewunden und unehrlich war, daß man nur annehmen kann, sie sei nicht seiner eigenen Initiative entsprungen, zwar zugeben müssen, daß er als Leiter der Wirtschaftsunternehmungen der evangelischen Kirche die Verbindungen mit der Kirchenbehörde immer gesucht habe, zugleich aber versichert, daß die Kirche in amtlicher Eigenschaft mit den Vorfällen, die das Moabiter Gericht beschäftigt, nichts zu schaffen hat. Auf demselben Ton ist die Berichterstattung fast der ganzen bürgerlichen Presse abgestimmt. Aber es wird der evangelischen Kirche schwer fallen, den Pastor Cremer von ihren Rocksöhnen abzuschütteln.

Dieser einzigartige Korruptionsskandal einer kirchlichen Behörde verdient die Aufmerksamkeit der gesamten werktätigen Bevölkerung; ganz besonders in einer Zeit, da die Kritik an der Kirche auf das brutalste unterdrückt wird, die proletarische Freidenkerbewegung nicht zuletzt deshalb zerschlagen werden soll, um die Aufklärung über die Korruption der kirchlichen Wohltätigkeit mit allen Mitteln zu verhindern. So wurde bekanntlich in Flugblatt des „Deutschen Freidenkerverbandes“ über den Devaheim-Skandal verboten, Länner, die sich unter dem Deckmantel der christlichen Liebe und Mildtätigkeit in dieser farnamen Weise an den Interessen der werktätigen Bevölkerung vergehen, genießen also den direkten Schutz der heutigen Machthaber. Für die Arbeiterschaft gibt es hierauf nur eine Antwort: Heraus aus der Kirche, fort mit der privaten Wohlfahrt, Kampf für sofortige Aufhebung des Freidenkerverbots!

Walter Ehrmann.

Die Arbeitslosenziffer steigt wieder Im ganzen Reich noch ein geringer Rückgang In Berlin Zunahme

Der im Frühjahr saisonmäßig begründete Rückgang der Arbeitslosenziffer ist in diesem Jahr viel geringer als in den Vorjahren. Sind schon die Neuzelestellungen in den Saisongewerben (Landwirtschaft, Bauindustrie) sehr niedrig, so steigt in den meisten übrigen Gewerbezweigen die Arbeitslosenziffer auch in den Frühjahrsmonaten weiter. Das bewirkt, daß jetzt der Rückgang der Gesamtarbeitslosenziffer schon ins Stocken gerät.

Die Zahl der Arbeitslosen, die am 15. Mai bei den Arbeitsämtern gemeldet waren, ist mit rund

5 675 000

nur um rund 64 000 geringer als Ende April. (In der zweiten Aprilhälfte betrug der Rückgang noch 197 000.) Der Gesamtückgang seit Mitte März beläuft sich damit auf rund 454 000, während er im Vorjahre nach dem damaligen, allerdings bereits Mitte Februar erreichten Höchststande rund 780 000 betragen hatte.

Die Abgänge aus der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge beliefen sich auf rund 91 bzw. annähernd 42 000. In der Arbeitslosenversicherung wurden am 15. Mai rund 1.140 000, in der Krisenfürsorge rund 1 633 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt, so daß in beiden Einrichtungen zusammen mehr als 2 ½ Millionen Arbeitslose unterstützt wurden. Demgegenüber kann für den gleichen Zeitpunkt die Zahl der

Wohlfahrtserwerbslosen auf etwas über zwei Millionen geschätzt werden.

Noch tröstlicher sieht es in Berlin und Provinz Brandenburg aus: Im gesamten Bereich des Landesarbeitsamts Brandenburg (Berlin, Brandenburg, Grenzmark) verringerte sich die Zahl der Arbeitsuchenden nur um 3379 gegenüber einer Entlastung von 86 145 Personen in der zweiten Aprilwoche.

In Berlin selbst stieg die Zahl der Arbeitsuchenden von 591 956 auf 595 638.

Hieron wurden nur 112 654 Personen durch die Arbeitslosenversicherung, 152 899 durch die Krisenfürsorge unterstützt. Dagegen schwoh die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen auf 298 750 Personen an.

Damit ist eingetreten, was wir anlässlich des letzten Berichtes über die Arbeitslosenziffer im April voraussagten, daß in diesem Jahr das Neuanstellen der Arbeitslosenziffer schon Ende Mai, Anfang Juni erfolgen werde. Das sind sehr schlimme Anzeichen. Sie lassen jetzt schon Schlüsse zu, welche Riesenzahlen, welches Maß von Not und Elend der kommende Herbst und Winter bringen wird.

Besonders zu beobachten ist die fortgesetzte ansteigende Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen, d. h. der aus allen Versicherungen Ausgesteuerten. Sie beträgt im ganzen Reich beinahe 40 Prozent. In Berlin sind schon mehr als die Hälfte in der Wohlfahrt. Hier und im Reich gibt es viele Hunderttausende, die keinen Pfennig Unterstützung erhalten und — weil sie gar nicht mehr stempeln gehen — auch nicht gezählt werden. Man kann also mindestens jetzt schon mit 6 ½ Millionen Arbeitslosen rechnen.

Von der KPD zur SAP

Karlsruhe

Samstag, den 21. Mai, nahmen im Hahnauer Hof an unserer gutbesuchten Mitgliederversammlung zehn sympathisierende Arbeiter teil. Nach einem Referat des Genossen Ritter über die politische Lage, dem eine fruchtbare Diskussion folgte, machten wir an diesem Abend einige Neuaufnahmen. Der frühere Antifa-Leiter, der aus der KPD ausgeschlossen wurde, Fritz Preuß, sowie die kommunistische Stadtverordnete Preuß, erklärten ihren Beitritt in die SAP. Aus der KPD wurden viele revolutionäre Arbeiter wegen „verbiegen“ der Generallinie ausgeschlossen. Von diesen Genossen haben einige sofort erklärt, daß sie zur SAP kommen; wir werden alles daransetzen, auch die anderen 30—40 Ausgeschlossenen für die SAP zu gewinnen.

Die Genossen Preuß gaben folgende Erklärung ab:

Jahrelang versuchten wir durch eine sachliche politische Kritik, die KPD von dem verderblichen politischen Kurs abzubringen, der die Partei von einer Niederlage zur anderen führte, was jeweils nicht ohne schlimme Folgen für die gesamte Arbeiterschaft blieb. Jahrelang führten wir den Kampf für die Wiederherstellung der Parteidemokratie und das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder. Doch die Partei verstand es immer und immer wieder durch Maßnahmen des Apparates die unliebsamen Kritiker zum Schweigen zu bringen.

Die Niederlagen bei den Präsidenten- und preußischen Landtagswahlen der Partei und das riesige Anwachsen des Faschismus, brachte die noch politisch denkfähigen Mitglieder zur Rebellion. Der Apparat griff zu den altbekannten Methoden der Ausschlüsse. Einige Genossen wurden ausgeschlossen und ein großer Teil von Mitgliedern kehrte dieser Partei, die jede freie Meinungsäußerung mit Füßen tritt, den Rücken.

Unterzeichnete Genossen sind zur SAP gegangen, weil sie erkannt haben, daß die Partei es wirklich aufrichtig meint mit der Herstellung der Einheitsfront der gesamten Arbeiterschaft. Sie werden in ihren Reihen als treue, klassenbewußte Mitstreiter für den Sozialismus kämpfen.

Friedrich Preuß
Genossin Preuß, Stadtverordnete
Karlsruhe, i. B., Schützenstr. 98.

Altonaer Kommunistenprozeß

GR. Altona, 24. Mai 1932

Vor dem Altonaer Schwurgericht begann am Dienstagvormittag der Prozeß wegen des kommunistischen „Feuerüberfalls“ auf das nationalsozialistische Verkehrslokal von Brockmann in der Erzbergerstraße am Spätabend des 15. März vorigen Jahres. Angeklagt sind der Feilenhauer Böhlefeld aus Altona, der Schiffsheizer Masanowski aus Altona, der Seemann Lorck aus Hamburg und der Arbeiter Meesch aus Altona. Die Anklage lautet gegen Böhlefeld auf „Anstiftung zum versuchten Mord“ und

gegen die übrigen Angeklagten auf „versuchten Mord“. Die Verteidigung führt Rechtsanwalt Högewisch-Hamburg.

Böhlefeld sagte u. a. aus: Am fraglichen Abend sei im Partellokal in der Großen Bergstraße Alarmabend der KPD gewesen. Er habe Masanowski mit mehreren anderen Parteigenossen auf eine Patrouille geschickt, um die Bewegung der Nationalsozialisten zu beobachten. Masanowski gab an: In der Erzbergerstraße sei ein Sturmtrupp der Nationalsozialisten aus dem Lokal herausgekommen, und sofort habe eine Schießerei eingesetzt. Er und die Kommunisten hätten jedoch nicht geschossen. Der Angeklagte Lorck gab gleichfalls zu, an der Patrouille teilgenommen und auch eine Waffe mitgeführt zu haben. Als Gäste aus dem Brockmannschen Lokal herauskamen, sei geschossen worden. Wer aber geschossen habe, wisse er nicht. Der Angeklagte Meesch hatte auf Patrouille seine eigene Waffe, einen Trommelrevolver, bei sich. Er sagt aus, wenn er und seine Begleiter geschossen hätten, dann hätten sie von ihrem Standpunkt aus die Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes getroffen, die auf der anderen Straßenseite gestanden hätten. — Die Verhandlung dauert an.

Klaggeswirtschaft in Anhalt beginnt!

Das anhaltische Naziministerium hat beschlossen, den Regierungspräsidenten Paulick und die Kreisdirektoren Günther-Bernburg und Heinze-Dessau bis auf weiteres zu beurlauben. Paulick und Günther sind Sozialdemokraten, Dr. Heinze Staatspartei. Mit der Verwaltung der Kreisdirektion Dessau-Cöthen ist der jetzige Kreis syndikus Senns und mit der Verwaltung der Kreisdirektion Bernburg der Kreisdirektor Geheimrat Pitscher-Ballenstedt beauftragt worden. Ferner hat das Staatsministerium dem „Anhalter Anzeiger“ in Dessau die Amtsblatteilnahme wiedergegeben, die ihm vom alten Ministerium genommen worden war.

Neuer Protestschritt Chinas gegen Japan

Der chinesische Gesandte Yen übermittelte dem Generalsekretär des Völkerbundes ein Telegramm, in dem darauf aufmerksam gemacht wird, daß die von der japanischen Regierung aus Schanghai zurückgesogenen Truppen jetzt zur Besetzung der Mandschurei verwendet würden, obwohl der in der Mandschurei geschaffene Scheinstaat noch immer einen integrierenden Bestandteil Chinas bilde.

Wenn Japan jetzt nicht vom Völkerbund gezwungen werde, endgültig auf alle seine Absichten zu verzichten und sein feindseliges Vorgehen in der Mandschurei aufzugeben, so müsse mit dem „Ausbruch eines Weltkrieges“ gerechnet werden.

Abgebaute Polizeibeamte klagen an

Der Verband der ehemaligen Polizeibeamten hatte in Gelsenkirchen zum 18. 5. eine Versammlung einberufen, zu der auch politische Organisationen und die Presse eingeladen wurden. Erschienen waren von der KPD der Reichstagsabgeordnete Frank, von der SPD der Parteisekretär Brüntink, Heikhaus von der NSDAP und von der SAP unser Genosse Markwald, der ja in Fragen, die die abgebauten Beamten besonders interessieren, sachverständig ist. Auch die Presse hatte Vertreter entsandt.

Wir sind mit dem Vorsitzenden des Verbandes der ehemaligen Polizeibeamten Dorin darin einer Meinung, daß die Not seiner Kollegen unerträglich geworden ist. Wenn sich aber die Beamten beschweren über die Undankbarkeit derjenigen Kreise, deren Besitzum sie in ihren langen Dienstjahren oft unter Einsatz ihrer Lebens geschützt haben, so müssen wir die Frage stellen: haben die Polizeibeamten denn tatsächlich von den kapitalistischen Machthabern etwas anderes erwartet, als kraassenst Hohn und Spott über die jetzige Notlage und Undankbarkeit in Potenz? Kennen die Polizeibeamten denn nicht das geflügelte Wort vom Mohr, der seine Schuldigkeit getan? Wir sind nichts anderes gewöhnt und erwarten von dieser Klasse auch nichts anderes. Wir kämpfen für unsere Forderungen und wir können den Polizeibeamten keinen anderen Rat geben, als das Gleiche zu tun.

Mit Worten ist's da nicht getan. Auch nicht mit solchen demagogischen Schönreden, wie sie der Vertreter der NSDAP, Heikhaus, vom Stapel ließ. Wir wissen auch, daß dieses „System“ nicht das richtige ist, wir wissen aber auch, daß das kommende System der Nazis noch schlimmer ist, und danken dafür. Auch Genosse Brüntink von der SPD, enttäuschte sehr in seinen Ausführungen. Viel konnte er auch nicht zur Verteidigung seiner Parteigenossen in der preußischen Regierung sagen, wenn so krasse Tatsachen sprechen. Er verschwand auch sofort nach seinen Ausführungen, vermutlich, um einer Auseinandersetzung mit dem „Bäckerdutzend“ aus dem Wege zu gehen. Es ist sehr anerkennenswert, daß Brüntink den abgebauten Beamten wenigstens eine Rente zugestehet. Allerdings verpuffte diese schöne Geste, als unser

Genosse Markwald

schlagend bewies, daß diese Rente gerade von der preußischen Regierung mit ihren drei sozialdemokratischen Ministern abgelehnt worden war. Es sei sehr bedauerlich, meinte unser Genosse Markwald, daß Severing und Braun den Nazis Grund und Gelegenheit gegeben haben, derartige Reden zu halten, wie ihr Vertreter Heikhaus. Der preußischen Regierung fehle einfach der Wille zur Hilfe, genau wie den Besitzenden. So lange man die Beamten schlecht bezahle, so lange nehme sich auch die Privatwirtschaft das Recht, ihren Angestellten Hungerlöhne zu geben, zum Schluß zu, „Ihre Interessen wirklich vertreten, Ihre Forderungen durchsetzen vertreten, ihre Forderungen durchsetzen wollen, dann ist es höchste Zeit, daß Sie sich einer revolutionären Partei anschließen.“

Von den noch folgenden Rednern konnten nur noch die Ausführungen des Gen. Frank von der KPD interessieren. Aber viel Neues wußte auch er nicht zu sagen. Solange die KPD immer behauptet, ihre Anträge, die sie zur Milderung der Not einbringe, würden sabotiert, und sie macht mit Anträgen der SPD, selbst wenn sie gut sind, nichts anderes, solange dürfen wir noch nicht hoffen, daß die KPD ihre Fehler einsieht.

Die SAP wird immer und zu jeder Zeit alles unternehmen, um die Interessen der Notleidenden, also in diesem Falle auch die der ehemaligen Polizeibeamten, zu vertreten. Nur müssen sich die Beamten darüber klar werden, wohin sie gehören. Auf Dankbarkeit, ganz gleich von wem sie erwartet wird, zu rechnen, ist eine Utopie. Zusammenschluß ist notwendig. Je mehr wir sind, je schlagkräftiger sind wir. Von den Vertretern der SPD winkt euch keine Hilfe, das hat man gesehen. Die KPD erstreckt in ihrer eigenen starren Linie und die NSDAP! Möge uns das Schicksal vor dieser „Hilfe“ bewahren. Siehe Boxheimer Blutdokument. Darum, her zu uns, zum gemeinsamen Kampf aller Proletarier!

Ältestenrat am 31. Mai

TU. Berlin, 25. Mai 1932.

Der Ältestenrat des Reichstages ist jetzt für Dienstag, den 31. Mai, 17 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht die Frage der Einberufung des Reichstages.

Ein Opfer der Polizei

Hamburg, 25. Mai.

Der Seemann Stanislaus L., der bei einer Demonstration am Montag von einem Polizisten einen Bauchschuß erhielt, ist dieser Verletzung jetzt erlegen.

Zur Soziologie kleiner Seebäder

Ein beinahe politischer Bericht

Wo vor wenigen Jahren an der Nordsee aus dem D-Zug in den Inseldampfer umgestiegen wurde, da wird heute gebadet. Wo die Ferienwohnungen erst begannen, da hören heute schon die Erfüllungen auf.

Diese kleinen Ferienester rund um den Jadebusen waren nur Etappen, Sprungbrett für die Seefreuden, heute sind sie Ziel und Ferienstation.

Die Krise hat sie entdeckt, der Geldmangel hat sie, fast ohne Prospekt, dem Fremdenverkehr erschlossen.

Der sogenannte Mittelstand, dieses in Auflösung befindliche Zwischenklassegebilde, zahlte vor ein paar Jahren noch sieben und acht Mark für Pension auf Wangerooge, heute zahlt er nur noch drei und vier Mark in Wilhelmshaven, Dangast, Eckwarderhörne, Tossens oder Rüsteriel.

Und daraus ergibt sich die Tatsache, daß der Versuch einer kleinen Soziologie dieser Miniaturseebäder immer in einen politischen Bericht abzugleiten droht.

Die Kleinbourgeoisie geht nur grollend in diese Bäder. Gleichsam bei Nacht und Nebel taucht sie hier auf. Das Eingeständnis ihrer Pauperisierung, also das Aufblühen der billigen Bäder, findet bei der nächsten Wahl wieder seinen Niederschlag. Sie bringen sich ein Opfer, das sie das „System“ entgelten lassen müssen.

Dieser Mittelstand als soziologischer Faktor besteht heute nur noch durch die Tatsache, daß er sich ständig belügt. Er klammert sich an das Phantom seines Ständebewußtseins, dem jede Basis entzogen ist.

Im Aussehen der kleinen Seebäder, in der Art ihrer Einrichtungen, spiegelt sich ein Stückchen Gesellschaftsgeschichte.

Wie sieht so ein kleines gottverlassenes Fischerdorf denn aus? Dorf? Eine kleine Summe isoliert liegender Bauernhäuser längs des Deiches bedeuten eigentlich, jedenfalls mit binnenländischen Maßstäben gemessen, noch kein Dorf. Sie werden erst aus verwaltungstechnischen Rücksichten dazu gemacht.

Zwischen Deich und Küste befindet sich ein Stück Grünland für Kühe und Badegäste. Diese stehen zu jenen in einem bestimmten Abhängigkeitsverhältnis. Manchmal können die Kühe wirklich lästig und unsympathisch sein. Sie haben ein sonores Organ, das, weil es viel benützt wird, leicht angeheisert klingt, und das, bei aller Sonorität, deshalb doch als unmelodisch bezeichnet werden kann. Doch diesen unvermeidlichen und gottseidank vorhandenen Kühen wird im Hinblick auf die besondere Qualität ihrer Milch alles verziehen. Kuhfladen sind ein kleineres Uebel, das toleriert wird, denn die Milch dieser nordischen Rindviecher ist ein so süßiges und wohl-schmeckendes Getränk und obendrein — hier! — so entsetzlich billig.

Leicht gespenstisch wirken die vor Jahren einmal weißgestrichenen, dicht am Ufer befindlichen, Badekabinen, denen man so ohne weiteres ihren eigentlichen Zweck nicht glaubt. Fünfzehn bis zwanzig schmalbrüstige Holzkabinen, von innen und außen verschließbar, mit leicht abgechrägtem Dach, erinnern sie uns lebhaft an aus den Verhältnissen gewachsene Schrebergartenklosetts.

Aus den Verhältnissen gewachsene Schrebergartenklosetts: das könnte eine fast hinreichende Definition für das Monstrum „Mittelstand“ sein ...

Die Strandkörbe, weil aus Holz zusammengezimmert, sind eigentlich keine. Es sind unvollkommene und bedauernde Reminiszenzen aus jenen großen Seebädern, denen sie das charakteristische Bild verleihen. Allerdings sind sie dort aus Peddigrohr angefertigt und haben also, im Gegensatz zu diesen hölzernen, einen Sinn.

Diese Holzkörbe wirken leicht komisch und sind damit symbolisch für ihre Mieter. Das Kleinbürgertum liegt immer noch, was Geschmack und sein Gegenteil anbetrifft, im Schlepptau der Großbourgeoisie. Doch was bei dieser recht und zweckvoll ist, ist bei jenem Talmi und Unsinn. Die Kleinbürger tragen, mangels eigener, die abgelegten Riecke derer aus dem Vorderhaus auf.

Politisch nennt man das: sie sind Nationalsozialisten.

Mit einem sanften Schimmer ins Soziale übernehmen diese kleinen Leute eine ihnen nicht gemäße und unvollkommen zurechtgestutzte Ideologie.

Vielleicht ist aus diesem Zufallsbeispiel die Reziprozität zwischen den Einrichtungen dieser kleinen Bäder und den sie benutzenden Gästen klar geworden.

Es hat den Anschein, als sei auch die Natur bemüht, den Nazigästen, die natürlich in der

absoluten Mehrheit sind, Argumente in die Hand zu spielen.

Vor allem der Jadebusen, der gleichsam wie ein Nebenfluß der Nordsee von dieser ins Marschland getrieben worden ist, damit Wilhelm hier einen geeigneten Hafen für seine Kriegsflotte bekam, hat eine Moral mit doppeltem Boden: Ebbe und Flut. Bei weißem Sandstrand hat auch die Ebbe etwas Versöhnliches. Wo dieser — wie hier — jedoch fehlt, wo statt seiner eine graubraune Schlickschicht (rheumaförderlicher Bibberpudding) faul und fettig vor sich hin sinkt, kann die Ebbe eine gefährliche Cäsar im Ablauf des Badetages bedeuten. Die sechs Stunden zwischen fallendem und steigendem Wasser bilden für den Gast ein schreckliches Vakuum.

Die nicht vor sich hindösen wollen, bestelgen in Eckwarderhörne das kleine Dampferchen und fahren nach Wilhelmshaven. Die Besichtigung eines Kriegsschiffes bringt Abwechslung und patriotisches Knochenmehl. Diese Atmosphäre im Wilhelmshavener Hafen knistert vor elektrischer Spannung. Die Kulis erzählen bereits ihren Mädchen, daß „etwas in der Luft liegt.“ In einer Buchhandlung in der Marktstraße hängt eine unmißverständliche Postkarte aus: hinter einem Kriegsschiff geht die Sonne mit dem Hakenkreuz kitschig auf.

Unterschrift: „Deutschland erwache!“

Und wer, in der Sonne vor sich hinbrütend, dann noch die Natur glaubt deuten zu können, — dem erfüllen sich Wunschträume, wenn die Flut wiederkommt. Ganz allmählich sehen sie das Fußvolk der Wellen sich ans Ufer heranschleichen. Weißen Schaum, der sich unschwer mit Proviant vergleichen läßt, schichten sie am Ufer sorgfältig aufeinander. Sie selbst, mit der Unruhe von zum Appell antretenden Truppen, sammeln sich innerhalb zweier Meilen, die schwarz und struppig in die See ragen. Im Zeichen der strammen Demonstrationen und des Militarismus ist das ein zeitgemäßes Bild.

Menschen mit Zeit und Langeweile sehen Gespenster und erleben Verwirklichungen ihrer Wunschträume. Da werden selbst die in Reih' und Glied ausgerichteten Umkleekabinen zu Symbolen.

Wenn die Flut nicht da ist, baden diese Kleinbürger in Psychose.

Politik von an sich unpolitischen Menschen — in Psychose ausgeartet — kann riesige Wellen schlagen und viel Geräusch machen. Und das ist das Unerfreuliche an diesen kleinen Seebädern, daß man bei dem Versuch einer soziologischen Betrachtung immer wieder in diesem stinkenden Tümpel versinkt, dessen Giftblasen morgen schon ganz Deutschland verpesten können.

Flüchtlingszug entgleist 40 Tote

Charbin, 26. Mai 1932.

Ein schweres Eisenbahnunglück, bei dem 40 Personen getötet und mehrere hundert verletzt wurden, hat sich rund 200 Kilometer östlich von Charbin auf der chinesischen Ostbahn zugetragen. Es handelt sich um einen mit Flüchtlingen besetzten Zug, der mit einem anderen Zug zusammenstieß.

Mord

Breslau, 25. Mai 1932.

Am Dienstag gegen 20.30 Uhr wurde die 59 Jahre alte Frau des Oberpostschaffners und Hausbesitzers Schubert in dem Flur ihrer Wohnung mit einer schweren Kopfverletzung am Boden liegend tot aufgefunden. Alle Behältnisse, Schübe und Schränke der Wohnung waren durchwühlt, so daß auf einen Raubmord zu schließen ist. Was an Bargeld oder anderen Gegenständen geraubt wurde, konnte bisher nicht festgestellt werden.

— und Todesurteil

Verden (Aller), 25. Mai 1932.

In der vierten diesjährigen Schwurgerichtsperiode wurde der 1909 geborene Steinmetz Heinrich Borgwardt aus Walsrode wegen Mordes zum Tode verurteilt. Der Angeklagte war beschuldigt, die 18jährige Hausangestellte Anni Wennhold vorsätzlich und mit Ueberlegung getötet zu haben. Er hatte mit dem Mädchen intime Beziehungen unterhalten und wollte sich der Folgen durch diese

Mordtat entziehen. Der Angeklagte gab die Tat zu, behauptete aber, nicht gewußt zu haben, was er getan habe. Des Schwurgericht verkündete nach kurzer Beratung folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen Mordes zum Tode verurteilt. Ihm werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit aberkannt. Der Angeklagte nahm das Urteil äußerst gelassen hin.

Filmstreifen?

Paris, 25. Mai 1932.

In einer chemischen Fabrik in Lyon, die sich in der Hauptsache mit der Herstellung von Filmstreifen (?) beschäftigt, ereignete sich am Dienstag nachmittags eine schwere Explosion, bei der zwei Arbeiter getötet und fünf schwer verletzt wurden. Das Gebäude wurde vollkommen zerstört.

Ein Balkon bricht ab

Tiflis, 25. Mai 1932.

In einer städtischen Schule in Tiflis stürzte ein Balkon in dem Augenblick zusammen, als

sich auf ihm 30 Schulkinder befanden. Die Kinder wurden aus einer Höhe von zwei Metern mit in die Tiefe gerissen. Nach den bisherigen Meldungen sind vier Kinder getötet und sieben mehr oder weniger schwer verletzt worden. Die Leitung der Schule wurde durch die OGPU verhaftet.

Eisenbahnunglück im Kaukasus

Tiflis, 25. Mai 1932.

Bei dem Bahnhof Dsirula stießen zwei Züge zusammen, wobei vier Personen getötet und zehn schwer bzw. leicht verletzt wurden. Die Ursache des Unglücks soll Betrunkenheit eines Lokomotivführers sein. Die OGPU hat den Lokomotivführer verhaftet.

Selbstmord einer Unbekannten

Berlin, 25. Mai.

In der Nähe der Herkulesbrücke sprang eine unbekannt Frau in den Landwehrkanal. Obwohl sie sofort geborgen und ins Elisabeth-Krankenhaus gebracht wurde, konnten die Ärzte nur noch ihren Tod feststellen.

Do X-Rummel

Berlin, 25. Mai.

Zu einer nationalistischen Hurraangelegenheit wurde die Landung des Do X auf dem Müggelsee benutzt. „Immer erneuter Jubel der Massen.“ „Mittlerweile hatte Do X die Handelsflagge gesetzt, was von der Menge mit lautem „Hurra!“ begrüßt wurde.“ Die Flieger wohnen außerdem im Hotel Kaiserhof, wahrscheinlich als Zimmernachbarn des Herrn Hitler.

Das beste Rezept in dieser schweren Zeit bleibt „Juno“!

Kluge Raucher schätzen „Juno“ als ein erprobtes Mittel zur Entspannung und zur Gewinnung neuer Lebenskraft.

Eine Cigarette von der Qualität unserer

JUNO

darf auf Beigaben von Wertmarken, Gutscheinen oder Stickereien verzichten, denn sie wirbt allein durch ihre Güte!



The advertisement features a large, stylized headline at the top. Below it, there are several lines of text in a mix of bold and regular fonts. On the left side, there is an illustration of a hand holding a rolled-up piece of paper titled 'Rezept' (Recipe). The recipe lists 'täglich 3x - morgens mittags abends „Juno“'. On the right side, there is an illustration of a pack of Juno cigarettes, showing the brand name and '6 STÜCK 20'.

Jugend auf der Landstraße

Von Jahr zu Jahr wird die Zahl derer, die auf der Landstraße ihre letzte Zuflucht suchen, immer größer. Oh, wie kann da der Spießbürger moralisieren und schimpfen, wenn vor seiner Tür ein Landstreicher steht. Das Gesindel müge doch arbeiten, schreien da diese dicken Importen, wir müssen doch auch arbeiten, und sie kommen sich äußerst bedauernd vor mit ihrem 500-Mark-Gehalt. Der Kunde geht weiter, hier einen Pfennig, dort ein Stück Brot bekommend. Verflucht von den Gatten, umlauert von Hunden und Gendarmen, fröhnen sie ihr Dasein. Jede Minute lassen sie sich demütigen, hundertmal am Tage zu hören bekommen: Du bist ein Lump, ein Verbrecher, dein Platz ist nicht auf dieser Welt. Und was ist nicht alles auf der Landstraße? Angefangen bei den wenigen tatsächlich arbeitsscheu gewordenen Speckjägern alle Berufsgruppen durch bis zum Techniker, Doktor und Professor, der peinlich darauf sieht, daß seine Nägel sauber bleiben. Vom Jugendlichen bis zum 80jährigen Greis.

Wenn man dann vielleicht in einer Statistik liest, daß allein 600 000 Jugendliche auf der Walze sind, und meist intelligente Burschen, die zu Besseren fähig wären, dann steigt die Frage auf: Warum gehen denn diese Menschen auf die Straße, haben sie keine Heimat oder sind es bewußte Schmarotzer der Gesellschaft? In den meisten Fällen keines von beiden. Früher einmal, vor drei, vier, fünf Jahren, hatten sie noch Arbeit, lernten sie noch mit der Hoffnung, als Geselle Geld verdienen zu können, sich etwas zu leisten, den Eltern unter die Arme zu greifen. Dann kam die erste Enttäuschung, statt Geselle zu werden, flogen sie auf die Straße. Die Arbeitslosenunterstützung geht, wenn es überhaupt welche gab, zu Ende, Krise—Wohlfahrt. Der Vater Staat, dessen Aufgabe es wäre, seine Jugend, „die Zukunft“, wie so schön gesagt wird, zu stützen, sieht plötzlich nichts oder er droht mit Arbeitsdienst, d. h. mit Arbeit ohne Belohnung. Dies alles zusammengenommen und die durch die Not unvermeidliche Zerrüttung in der Familie ist dazu angetan, den jungen Menschen zu degradieren und zu demoralisieren.

Mit allen Fasern wehren sich die Jugendlichen gegen den Untergang, sie wollen nicht kampf- und wehrlos ins Nichts versinken. Als letzter Ausweg bleibt die Walze. Wohl ausgerüstet mit ganzen Sachen, ganzen Schuhen, den Kopf voller Illusionen über die schöne, weite Welt, voll Hoffnungen über die Möglichkeit, Arbeit zu kriegen, ziehen sie los. Bald müssen sie betteln gehen, müssen sich vor fremden Menschen demütigen. Ihre Moral bekommt einen Riß. Die erste Nacht in der Polizeizelle zerschlägt die letzten Illusionen. Mit Händen und Füßen wehren sie sich, in das Milieu des Elends hinabgezogen zu werden. Der einzige Ausweg, dem zu entrinnen, ist die Umkehr, doch das erscheint als feig, und so kämpfen sie sich weiter durch. Bald wird ihnen alles wurst, ungeniert gehen sie kloppen. Die Schuhe gehen kaputt, die Sachen werden schadhaf, und so werden sie mehr und mehr, der eine schneller, der andere langsamer, in die gärende Hefe der Landstraße gezogen. Und wenn sie dann hungrig und bettelnd, oft auch stehend, ihre endlosen Wege ziehen, werden sie von denen am meisten verflucht, die sie zeugten.

Und Hilfe gegen all dies Uebel? Nun, der letzte Bauch, vor dessen Wohnungstür das Schild „Betteln und Hausieren verboten“ hängt, oder der einen auf Landstreicherbeine drossierten Hund hostat, ist frei von Gewissensbissen. Er zahlt monatlich seine 50 Pfennige in die Kasse des Armenunterstützungsvereins, und seine Frau war erst gestern im Wohltätigkeitskonzert, wo sie sich mit Frau Kommerzienrat so köstlich amüsierte. Vor uns steht die Frage: Können wir Not lindern durch mitleidige Spenden? Etwas gewiß, aber ändern wir da etwas an diesen schaußlichen Verhältnissen? Nein. Wir als klassenbewußte Arbeiter müssen erkennen,

Arbeitermütter! Eure Kinder!

Arbeitermütter! Die von der SPD als „kleineres Uebel“ tolerierten Notverordnungen der Reaktion und die wie Pilze aus der Erde geschossenen Notprogramme auf allen Gebieten haben euch nicht nur aufs schwerste in eurer ganzen Existenz getroffen und euch zu bitterstem Elend und Hunger verdammt, sie bedrohen vor allem Leben und Gesundheit eurer Kinder. Euer Leben war immer Fron. Aber ihr habt alle Sorge und Entbehrung, die dreifache Belastung durch Erwerb, Haushalt und Kinderaufzucht in der einen Hoffnung ertragen, daß euren Kindern ein leichteres Schicksal und eine frohere Zukunft sicher sei.

Auch diese letzte Hoffnung macht die herrschende kapitalistische Klasse zu schanden. Zwar zertot und wettet sie gegen den Geburtenrückgang und die bewußte Kleinhaltung der proletarischen Familie, zwar versucht sie, mit Gesetzen und Verfolgungen aller Art den für ihre Ziele notwendigen „nationalen Nachwuchs“ zu erzwingen. Aber gleichzeitig entzieht sie dem proletarischen Kinde den Lebensatem. Die „nationalen Belange“ müssen gewahrt bleiben: Milliarden, euch erpreßt, werden für Aufrüstung, Bankenstützung, Kirchenzuschüsse, Liebesgaben für Industrie und Großgrundbesitz vergeudet, an euch und euren Kindern werden sie eingespart.

Und wie sieht diese Einsparung zu Lasten der proletarischen Kinder praktisch aus? Die Lebensmittelabgabe für erwerbslose Schwangere ist bedeutend eingeschränkt. Das bedeutet: vorgeburtliche Unterernährung des sich entwickelnden Kindes. Die Notstandsmilchaktion für Säuglinge und Kleinkinder der Arbeitslosen ist zum Teil ganz eingestellt, zum Teil von ½ Liter auf ¼ Liter täglich herabgesetzt. Das bedeutet: Herabsetzung der Widerstandskraft der Kleinsten gegen Seuchen und chronische Kinderkrankheiten, schon heute nachweisbar durch die aus den Kinderkrankenhäusern gemeldete Zunahme von schwerer Unterernährung, Rachitis und Tuberkulose.

Eine ganze Reihe von Krippen und Kindergärten sind geschlossen, die Aufnahme in die noch bestehenden wird erschwert, die Freizeiteinrichtungen sind beträchtlich vermindert. Das bedeutet: Vertreibung aus vorsorglicher Pflege in gesunden Räumen und Freiluftaufenthalt

daß der Kunde mit zum Proletariat gehört, und zwar zum ausgestoßensten Teile der Arbeiterklasse.

Man muß an dieser Stelle sagen, daß es leider unter den Arbeitern große Teile gibt, die sich die bürgerliche Ideologie zu eigen gemacht haben und den Kunden noch dort vertreiben, wo er hin gehört und sich meist auch hingezogen fühlt, eben zum klassenbewußten Proletariat. Es ist Aufgabe der Arbeiterorganisationen, gerade die jugendlichen wertvollen Kräfte, die sich auf der Landstraße herumtreiben, zum aktiven Kampf zu gewinnen. Es ist aber auch Pflicht, daß diejenigen, die schon politisch organisiert, auf die Walze gehen, alle Möglichkeiten ausnützen und unermüdet für den Kommunismus agitieren. Das Landstraßenproletariat wird erst befreit mit der Emanzipation der Arbeiterklasse.

In die Wohnhöhle der Arbeiterfamilie oder auf die Straße.

Erholungs- und Kurverschickungen der Schulkinder bestehen fast nur noch dem Namen nach, Zuschüsse für Schulwanderungen, Ferienspielfläche, Aufenthalt in Schullandheimen sind gestrichen. Dafür ist die Klassenstärke teilweise bis zu 50 und 60 heraufgesetzt — gleiche Plage und Gefahr für Kinder und Lehrer! — dafür ist der Turnunterricht stark vermindert.

Die regelmäßigen schulärztlichen Untersuchungen, die sich zur frühzeitigen Erkennung von Krankheiten und zur Krankheitsverhütung gut bewährt haben, werden seltener durchgeführt — in einer Notzeit, die vermehrte Ueberwachung dringend notwendig macht.

Alle diese Sparmaßnahmen in der Fürsorge der Schulkinder beginnen schon, ihre Früchte zu tragen: der allgemeine Gesundheitszustand sinkt und die offene Tuberkulose — bei Schulkindern bisher eine ganz seltene Ausnahme — breitet sich aus. Weiter: die Heime für die schulentlassene erwerbslose Jugend werden größtenteils geschlossen, die Zuschüsse für Werkunterricht und geistige Fortbildung streicht der berichtigte Sparkommissar. Die Folge: Zunahme des Cliquenwesens bei Jugendlichen, ihre geistige und seelische Verwahrlosung.

So, ihr Arbeitermütter, sieht die Sorge des Staates für euren Nachwuchs aus! Eine Besserung der Gegenwart und Zukunft eurer Kinder kann nur durch entschlossenen Kampf der gesamten Arbeiterklasse erzwungen werden.

Kleines Feuilleton

Wer bläst noch Mundharmonika?

Aus den Kreisen der Harmonika-Fabriken hört man recht unerfreuliche Töne: der Export ist in einer für die Existenz dieses ganzen Industriezweiges bedrohlichen Weise zurückgegangen. Während noch im Jahre 1930 die Ausfuhr des 1. Quartals nach England 11 000 Mundharmonikas und 20 000 Ziehharmonikas betrug, ist sie im 1. Quartal 1932 auf 3700 bzw. 3300 Stück zurückgegangen. Die Vereinigten Staaten, die im 1. Vierteljahr 1930 fast 50 000 Mundharmonikas und über 58 000 Ziehharmonikas bezogen haben, kauften im 1. Quartal 1932 nur noch 14 000 Stück.



„Haisische“ von Theodor Plivier Theater in der Stresemannstraße

Amerika hat es nicht besser: auch dort seufzt der Proletariat unter schwerer Last, auch dort herrscht der beutegierige, raff-süchtige Kapitalismus, der die Unterdrückten mit brutaler Gewalt aussaugt, der die große Masse schuftet für ein paar Bettelpfennige. Es ist immer dasselbe Schauspiel, es wandelt sich auch nicht in allen proletarischen Berufen. Offiziell ist die Sklaverei abgeschafft, wie aber ist es in Wirklichkeit?

„Komödie“ nennt Plivier sein Werk; aber er sagt uns bittere Wahrheiten, es ist ihm verteuert ernst zumute, wenn er das Schicksal der von gewissenlosen Ausgeiern auf das Hungerschiff verschachteten Matrosen vor uns abrollen läßt. Menschenhandel im 20. Jahrhundert! Muß das immer so bleiben? Muß das Los der armen Seeleute und, darüber hinaus, das aller ausgepöbelten Proletariat ein unabänderliches, von vornherein bestimmtes Fatum bilden? Die Antwort auf diese Frage hätte Plivier noch deutlicher herausarbeiten können. Trotzdem ruft auch er: nein. Der einzelne ist gegen solche Hyänen wie Slimmy machtlos, aber vereint können sie ihn niederboxen. Aus berufenem Munde erschallt hier also der Schrei nach der Einheitsfront. Ganz aktuell empfunden ist es, daß auch der Gauner Slimmy vor die Hunde geht; aber was nützt dies, wenn noch so viele andere Slimmys zurückbleiben, wenn Milly, ein wahrer Weibsteufel, weiter auf den international zusammen-gewürfelten Matrosen herumtrampelt? Gestört hat mich nur das verständnislose Publikum, das sich meist aus gutbürgerlichen Kreisen zusammensetzt und nach seinem Benehmen wahrhaftig wohl geglaubt hat, Plivier hätte ihm da ein reines Amüsierstück vorgesetzt. Unsere Genossen wären da anders mitgegangen!

Kein Wort der Kritik über die Darstellung! Da ist nichts zu kritisieren. Dieses Theater der Schauspieler, eine Notgemeinschaft bereits rühmlich bekannter und weniger bekannter Namen, ist wirklich meisterhaft. Die Milly wird von Renée Stobrawa großartig verkörpert. Ihre derbe Erotik, ihr geschäftsmäßiger Sinn, ihre Falschheit und Hinterlist wirken lebensecht. Sie hat sich in dieser Rolle selbst übertroffen und in die erste Reihe der Prominenten hineingespielt. Hermann Seelmanns als Slimmy ist schon in der Maske vorzüglich und ihr ebenbürtiger Partner. Angenehm fällt als Johnny der jungenhafte Paul Kemp auf. Der versoffene, bestechliche Polizeihauptmann von Alfred Beierle ist eine sorgfältig hingelegte Studie. In den andern Rollen sehen wir mit Vergnügen den Blacky von Leo Reuß, Friedrich Gnas, der ein altes, ausgemergeltes Wrack zwihscher darstellt, und den ehemaligen Leiter des Theaters in der Klosterstraße Franz Sondinger. Helmuth Bergmann als Joe entpuppt sich erst im 5. Bild als großer Köhner. Die Regie von Leopold Lindberg ist exakte Arbeit; allerdings würde das 4. Bild starke Striche vertragen.

Die Darsteller konnten sich wieder und wieder für den lebhaften Beifall bedanken.
Dr. E. Rosenhain.



Copyright by AUIS VERLAG Berlin-Wien 1931 Alle Rechte insbesondere die des Nachdrucks der Uebersetzung und Radioverbreitung vorbehalten

16 Fortsetzung

Männer und Frauen mit eingefallenen, verbitterten und drohenden Gesichtern... Junge mit entschlossener Begeisterung und geballten Fäusten marschieren in endlosen Reihen vorüber... Immer geradeaus... Weiter... Vorwärts...

Und immer wieder steht die geballte Faust, verkrampft, entschlossen, drohend über den Haufen.

Irgendwo schiebt sich der Zug zu einem Klumpen zusammen.

Jemand flucht... Drei, vier Polizeibeamte dazwischen. Gummiknüppel knallen dumpf auf die Leiber und dann peitscht ein Schuß in die Luft, noch einmal, und eine Sirene heult.

Ein schneller Polizeiwagen saust heran und dann beginnt die Flucht.

Die Straße frei... Wer liegen bleibt, braucht kein Brot mehr und keine Arbeit.

Und es bleiben viele liegen.

Endlos liegen die Straßen. Grau und eintönig steht Haus an Haus, und hinter den Häusern, dazwischen und daneben liegt der Hof, gepflastert und kalt, und daneben stehen wieder Häuser. Es riecht nach Kohl und Wäsche... Irgendwo schreit eine Frau...

Die Regierung erwägt eine Reform der Arbeitslosenversicherung. Die Stadt ist gezwungen, die Unterstützungssätze wiederum herabzusetzen.

Herr Leukel hat Außendienst. Er steht gerade an der Straßenecke, als wieder so ein Zug vorbeimarschiert. Er hat heute, wie immer, ein schlechtes Gewissen, wenn diese Züge ohne Ende an ihm vorbeimarschieren. Brot und Arbeit... Der Ruf dröhnt und das Echo kommt als furchtbare Anklage zurück.

Manchmal rüttelt es Herrn Leukel: Was du tust, ist Feigheit... Da vorn die Bataillone marschieren an die Front. Idealisten sind Drückeberger...

Die Hochbahn rasselt und dröhnt vorüber. Wie bei uns... denkt Hans. Unten klingeln die Straßenbahnen, tuten Autos. Es muß schon heller Tag sein. Hans ist noch sehr müde. Das ist ein schönes Bett. Hier kann man sich anders strecken als auf dem Sofa in der Küche.

Ja... ja... was denn...? Niemand ist mehr sonst im Zimmer. Auf dem Stuhl liegen keine Sachen mehr...

Da weiß Hans sehr schnell Bescheid. Nun ist wieder alles aus. Ach, sie ist ihm gar nicht gut. Sie liebt ihn gar nicht. Sie hat ihn verlassen, ist fortgelaufen...

Sie ist heimlich fortgegangen. Ein ganz großer Schmerz wirft Hans in die Kissen. Wie das reißt und zieht und hin und her zerrt. Allein. Allein in der fremden Stadt. Gestern noch glaubte er, alles wäre gut. Die Dame liebte ihn, sagte sie. O, sie verstande ihn wohl, sagte sie. Mein dummes Junge, flüsterte sie ihm ins Ohr. Und Hans glaubte, glaubte...

Sie war ja so schön. Und sie war mit ihm ins Hotel gegangen. Nein, er mit ihr. Nun fiel es ihm ein, wie gut sie hier Bescheid gewußt hatte. Sie war nicht das erstemal hier. Vorher hatte sie ihn nach Geld gefragt. So ganz zufällig und nur nebenbei.

Jetzt fiel Hans alles ein und nun wußte er genau, was kommen würde. Das Geld war fort. Er brauchte gar nicht nachzusehen. Er

war bestohlen. Mein Geld... mein Geld.

Weine nur, Hans... Nun ist der Traum wieder aus. Nun bist du wieder allein. Liebe kann man kaufen für eine Nacht und die ist dann heiß und innig...

Aber du suchst ja etwas anderes...

Dann rasselt und dröhnt wieder ein Hochbahnzug vorbei. Autos tuten. Ganz starr und mechanisch zieht sich Hans an. Alles ist aus. Die Augen brennen so. Nur kein Licht machen. Laß die Vorhänge zu...

In der Tasche findet Hans noch einen Schein und hier noch drei Markstücke, ein paar Groschen. Sonst ist alles fort. Weine nicht mehr, Hans... Nun mußt du wieder ins Leben. Unten sausen wieder die Räder. Nein... nein... Ich will nicht... will nicht...

Der Wirt grinst, aber sagt nichts. Hans schluckt, aber er wagt kein Wort. Der Wirt ist schmierig und dick. Noch ist er höflich, aber Hans sieht was hier los ist: ein einziges Wort und er übergibt ihn der Polizei. Auf der Straße ist Lärm. Viele Menschen gehen um Hans und neben ihm. Der Lärm tut ihm so gut. Man kann sich treiben lassen und man schwimmt. Hierhin wird man getrieben und dorthin. Hans hat einen guten Anzug und ein Kofferchen. Was will er nun noch mit dem Kofferchen...?

Hier ist ein Postamt. Es ist noch früh. Nur drei Menschen am Schalter. Hans nimmt ein Telegrammformular. Malt Striche und Kreise, Striche, Kreuze und dann läßt er das Blatt achtlos liegen, und das Kofferchen liegt hinter dem Tisch. Niemand achtet auf das Kofferchen. Das Zeichen seiner Schande. Nun ist er ein Stück von seiner Last los. Aber im Hals zieht sich schon ein anderes zusammen. Ach, er kennt das Gefühl noch ganz gut. So ein trockenes heißes Schlucken und man kann nicht richtig sprechen. Die Stimme ist so anders.

Aber niemand verlangt ja auch von Hans, daß er sprechen soll. Schweig doch. Lauf

doch. Geh weiter, immer weiter. Dann steht der Junge am Hafen. Dampfer fahren wieder vorbei, tut und tut und... momm, momm. Aber es ist trüber heute und kälter. Niemand achtet auf ihn. Aus dem Wege. Eine Kiste wird vorbeigefahren. Zwei Mädchen gehen vorüber, eine lächelt ihn an. Hans ist so übel. Er kan das Wasser nicht mehr sehen. Das war ein kurzes Glück... tut... tut...

Wenn man viele Stunden durch die Stadt gelaufen ist, kreuz und quer, her und hin, dann ist man müde. Ma hat Hunger. Immer wieder treiben lassen.

Wohin Hans? Siebzig Pfennige haben wir noch... Wo wollen wir schlafen? Was wollen wir essen? Wir können nicht beides, also wollen wir essen. Aber es muß billig sein. Da ist St. Pauli, die Reeperbahn... „Auf der Reeperbahn, nachts um halb eins...“

Amüsieren dich Hans, lache. Lache Hans. So ist das Leben. Hier amüsieren sich viele. Schwarze und Weiße und Gelbe.

Musik und Jubel. Juchheil! In dieser Gasse wird es billiger sein. Hier ist kein Juchheil mehr. Eine kleine Kneipe. „Warme und kalte Speisen zu jeder Tageszeit“...

... zu jeder Tageszeit...“

Nun ist es abend. In einer Ecke steht ein Grammophon und quarrt. Hans ißt Kartoffelsalat und Würstchen und noch einmal Würstchen. Eine Tasse Kaffee. Das macht zusammen fünfundsiebzig Pfennig. Vielleicht auch achtzig.

Hans, was dann... wenn das weg ist?

An der Theke stehen drei junge Burschen, keiner älter als Hans. Sie rauchen nicht und trinken nicht. Sie stehen nur. Sie sprechen auch nicht. Sie haben Hans groß angestarrt, als er hereingekommen ist, aber nun sind sie wieder stumm und wartend.

Nach einer Weile setzen sie sich, aber sie bleiben still.

Unterbezirkskonferenz für Rheinhausen

Die Vorbereitung des Wahlkampfes — Das Echo des Einheitsfrontangebots.

Heute tagte in unserem Jugendheim die erste Unterbezirkskonferenz für Rheinhausen und die Mainasip. Über die politische Lage und die bevorstehenden Hessenwahlen sprach Genosse Ohlhof, Mainz. Mit Rücksicht auf die Gefahr der Machteroberung durch die Faschisten hat die SAP ein Wahlabkommen mit SPD und KPD angeregt. Die SPD hat auf dieses Angebot ablehnend geantwortet. Nach dem Muster der KPD erklärt sie als Hauptaufgabe dieses Wahlkampfes die Erledigung der Splitterparteien. Sie spricht dabei eine Sprache, die in ihrer zahlenmäßigen Entwicklung in Hessen keineswegs begründet ist. Seit 1919 hat die SPD sich bei den Landtagwahlen wie folgt entwickelt:

1919	273 468 Stimmen	44,4%	der abgegeb. St.
1921	174 213	32,6%	" " "
1924	220 108	35,2%	" " "
1927	167 298	32,6%	" " "
1931	168 101	21,4%	" " "

Bei einer so katastrophalen Entwicklung würde es der SPD besser anstehen, sich ernste Gedanken über die Ursachen dieser Erscheinung zu machen. Diejenigen Genossen aber, die das in der SPD getan haben, sind hinausgeworfen worden. Sie werden jetzt noch beschimpft als „Spalter“ und „Verräter“. Glaubt man auf diese Weise wirklich, dem Übel beizukommen? Die Entwicklung der SPD wäre vom proletarischen Standpunkt aus nicht tragisch, sondern sogar als erfreulich zu bezeichnen, wenn der Rückgang der SPD-Stimmen aufgewogen würde durch Gewinne der übrigen proletarischen Parteien. Die KPD hat in Hessen bisher zwar einen stetigen Aufstieg genommen, aber sie hat auch hier nicht den ganzen Verlust der SPD wettgemacht, so daß der Anteil der Arbeiterparteien an den abgegebenen Stimmen auch in Hessen seit 1919 ständig kleiner wurde. Die Ziffern sind folgende:

1919	282 545 Stimmen	44,8%	der abgegeb. St.
1921	215 248	40,3%	" " "
1924	253 797	40,6%	" " "
1927	198 573	41,2%	" " "
1931	297 999	37,9%	" " "

Dem muß man die Entwicklung der Nazis entgegenhalten, die 1930 bei der Reichs-

tagswahl in Hessen 18,5% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigten und am 16. November 1930 es auf 37,1% brachten. Im Landtag waren die Nazis bis zum 16. November durch einen Abgeordneten vertreten. Im neuen Landtag nahmen sie 27 von 70 Sitzen ein. Der Ausgang der Preußenwahlen hat bei den Nazis die Hoffnung erweckt, in den nunmehr zu wählenden Landtag mit absoluter Mehrheit einzuziehen zu können. Angesichts dieser Lage haben SPD und KPD nichts weiter zu tun, als ihre falsche bisherige Politik fortzusetzen.

SAP und KPD, die noch im letzten Wahlkampf getrennt marschierten, haben sich inzwischen vereinigt. Ihr Versuch, die Einheitsfront der proletarischen Parteien im Kampfe gegen den Faschismus und seine Wegbereiter herbeizuführen, ist gescheitert. Das ist im Interesse des Proletariats zu bedauern. Für die SAP gilt es, in diesem Wahlkampf alle Kräfte einzusetzen, um weiter für diesen Gedanken im Proletariat zu werben. In diesem Geiste wird die SAP den Wahlkampf führen.

Im Anschluß an die Ausführungen des Genossen Ohlhof entwickelte Genosse Janacek das Programm der provisorischen Bezirksleitung für den Wahlkampf.

In der anschließenden Diskussion gaben die Genossen Bell, Mainz, Hassemer, Nieder-Ingelheim, und Stelz, Rüsselsheim, u. a. wertvolle Anregungen.

Als Kandidaten wurden vorgeschlagen: Ohlhof, Mainz, Hassemer, Nieder-Ingelheim, Wohlfel, Rüsselsheim, Bell, Mainz, Janacek, Mainz, Schneider, Nieder-Ingelheim, Wittmann, Mainz, Schneider, Raunheim, Anna Vogel, Mainz. Die Konferenz überließ es dem Bezirksvorstand, die Vorschläge aus den verschiedenen Landesteilen Hessens zusammenzustellen. Die Vorschläge für die ersten sechs Stellen auf der Vorschlagsliste, die der Bezirksvorstand gemacht hat, werden gutgeheißen.

In den Vorstand des Unterbezirks werden gewählt: Janacek, Mainz, als Vorsitzender, Krug, Mainz, als Kassierer, Eisenheimer, Mainz, als Schriftführer, Baumgärtner, Nieder-Ingelheim, und Stelz, Rüsselsheim, als Beisitzer.

Detmold

Justiz gegen Sexualreform. Nachdem im Februar die skandalöse Verhaftung von Dr. Thunert, Detmold, wegen Verlichtens der Schwangerschaftsunterbrechung und gleichzeitiger Verfolgung wegen Abgabe empfängnisverhütender Mittel durch die Staatsanwaltschaft Bielefeld erfolgte, bemüht sich die gleiche Staatsanwaltschaft, von sich durch die Eröffnung neuer Strafverfahren gegen Funktionäre der Sexualreformbewegung reden zu machen. Die Methoden des Staatsanwalts Dr. Heilmann werden am besten beleuchtet durch nachfolgende Anklage: Der Arbeiter Wilh. Peper in Minden wird angeklagt, in Minden und Umgebung empfängnisverhütende chemische Mittel, Gegenstände, die zu unzuchtigem Gebrauch bestimmt sind, an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, ausgestellt, solche angekündigt oder angepriesen zu haben. Als Ergebnis der Ermittlungen wird u. a. angegeben: Der Beschuldigte Peper steht seit einiger Zeit im Dienste der Liga für Mutterschutz und soziale Familienhygiene, Bund für bewußte Geburtenregelung e. V. in Berlin C2, Breitstraße 7, die in der Zeitschrift „Liebe und Leben“ Propaganda für Geburtenregelung und Sexualreform macht, insbesondere sich zur Aufgabe gestellt hat, die breiten Massen über Mittel und Wege zur Beschränkung der Geburten aufzuklären und ihnen die von den verschiedenen Firmen hergestellten chemischen und mechanischen Mittel zur Verhütung der Empfängnis anzupreisen. Sie ist eine Hauptvertriebsstelle für die Salbenpräparate: Contraceptin, Genusol, Konfidol, Antibion, für die Tablettenpräparate Spton, Antibion, Agrossit, Semori sowie auch für Gummischutzmittel (Kondom). Wenn diese Mittel auch geeignet sind, die Übertragung einer Geschlechtskrankheit bei Ausübung des Geschlechtsverkehrs zu erschweren, so entspricht es doch nicht der ihr im allgemeinen dienenden Zweckbestimmung. Die Propaganda betreibt die Liga mit größter Intensität im Wege einer großartigen Organisation, die über ganz Deutschland verbreitet ist. Sie hat eine weitverzweigte Gau- und Ortsgruppen-Einteilung geschaffen.

Peper ist Gauleiter von Westfalen-Nord und hält dort, von Jos. Kauschewsky und anderen unterstützt, öffentliche Lichtbilder-Vorträge. Die Vorträge werden durch Flugblätter öffentlich angekündigt. Der in den Handzetteln befindliche Hinweis: Wie schütze

ich mich vor Empfängnis? läßt keinen Zweifel darüber zu, daß es sich um Ankündigung und Empfehlung empfängnisverhütender Mittel handelt. Da gegen andere Funktionäre der Liga gleiche Verfahren angestrengt sind, kommt dem Prozeß große Bedeutung zu. Man muß sich jedenfalls ganz entschieden dagegen wehren, daß in der Zeit der größten Wirtschaftskrise und trotz der vorhergehenden Auswirkungen der Abtreibungen, bei dem schlechten Stand der Volksgesundheit mit fremden Gesetzen die Sexualreformbewegung schikaniert wird. Es entspricht heute nicht mehr der allgemeinen Auffassung, daß die Mittel zur Empfängnisverhütung als Mittel zu unzuchtigem Gebrauch angesehen werden. Alle öffentlichen Stellen sollten vielmehr größten Wert auf die Verbreitung der Aufklärung über Schwangerschaftsverhütung legen, denn damit würden viel Kinderelend, viele Sozialausgaben und der Tod von jährlich etwa 20 000 bis 30 000 Frauen an den Folgen der meist unsachgemäßen Abtreibung vermieden.

Duisburg

Durch die Wolkenbrüche wurden auch in Duisburg große Schäden angerichtet. So wurden auch die Kellerwohnungen einiger Proletarier in der Strauer- und Veidstraße überschwemmt. Mit proletarischer Logik zog man darauf die Einwohner in die zur Hälfte leerstehende Einschnornsteinwiedlung. Sie ist zwar mit Proletariergrochen erbaut, aber nicht für Proleten bestimmt. Der Polizei gelang es nicht, die Proleten am Einzug zu hindern.

Organisationsnachrichten

SAP Hamburg: Angestellte: Versammlung Freitag, 27. 5. 20 Uhr, bei Schwarz, Stückstraße 36 (Hochschule, Danneberg). Wichtige Tagesordnung: Parteibuch mitbringen — Genossenschaft. Alle Kulkellen, die in der SAP organisiert sind, Versammlung Montag, 30. Mai, 20 Uhr, bei Morg, Ecke Feld- und Turnerstraße. Wichtige Tagesordnung: — Buchdrucker: Alle erwachsenen SAP-Gen. Sonnabend zur Erwerbslosenversammlung, Urwahl.

SAP Karlsruhe: Partei- und Verkehrslokal Hanauer Hof, Ecke Marlen- und Schützenstraße. An dieser Ecke werden wir in den nächsten Tagen einen Aushängekasten für „SAZ“ anbringen. — 30. 5. im Hanauer Hof, Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Raholdi „Gewerkschaften und Arbeiterklasse“.

SJV, Karlsruhe: Jeden Mittwoch Amalienstr. 26 Gruppenabend.

Düsseldorf: District Flüggen, Zoo, Stadthalle: Mittwoch, 1. Juni, Funktionärstag bei Engel, Gerrothheimerstraße 126, 20 Uhr. — Donnerstag, 2. Juni, 5 Frauen-schulungsende, 20 Uhr, bei Dübgen, Lindenstr. 44-46. Rel. Genossin Kerating. Besuch kostenlos. Oberbilk nimmt teil.

Die Generallinie in unserer Partei

Unter diesem Thema nahm die Ortsgruppe des SJV und der SAP Nürnberg Stellung zu dem von den Genossen Düby, Rück und Schaber herausgegebenen Organ. Als Referenten waren vorgesehen ein Vertreter des Parteivorstandes, sowie Genosse Rück, der zurzeit einen Schulungskursus in unserer Ortsgruppe leitet.

Genosse Sauer eröffnet die Veranstaltung. Er behauptet, daß ein Vertreter des PV nicht anwesend sein kann, so daß wir leider nur die eine Seite in der Sache der „Generallinie“ hören können. Er weist auf die Bedeutung dieser Angelegenheit hin und bittet, in der Diskussion gründlich zur „Generallinie“ Stellung zu nehmen.

Von der durch den 24. April geschaffenen Lage ausgehend, umreißt dann Rück in glänzender Weise die Aufgaben der SAP, wie sie ihr heute gestellt sind. Zum ersten Male gelang es dem Faschismus, in die marxistische Front einzubrechen. Der jahrelange Klassenverrat der SPD ließ bedeutende Wählermassen ins nationalistische Lager desertieren. Durch ihren ultralinken Kurs und die RGO-Politik hat die KPD sich so von den Massen isoliert, daß sie nicht imstande ist, diese Deserteure aufzufangen. Die beiden Arbeiterparteien haben aus der Wahlschlappe keine Lehre gezogen. Die Wendung zur roten Einheitsfront ist ausgeblieben. In jeder ihrer Maßnahmen zeigt sich das Versagen gegenüber ihrer geschichtlichen Aufgabe, dem Sturz der kapitalistischen Gesellschaft. Eine kommunistische Massenbewegung, die sich in ihrer Arbeit an den marxistischen Grundsätzen orientiert, ist heute nötig. Die SAP, in der heute noch die verschiedensten politischen Tendenzen durch-einanderlaufen, hat sich nach den letzten Wahlen als klein und organisatorisch noch zu schwach erwiesen. Das Nebeneinander der verschiedenen Anschauungen wirkt sich hemmend in der Arbeit aus. Wenn wir die Massen erobern wollen, ist die Herausarbeitung einer konsequenten revolutionären Hauptlinie notwendig. Der SAZ konnte bis heute diese klare Linie nicht aufgedrückt werden. Deshalb haben die betreffenden Genossen die „Generallinie“ heraus, die in der Arbeiterschaft am besten für die revolutionäre Einheitsfront wirken konnte. Daß dies Differenzen hervorrufen würde, war nicht zu vermeiden. Ob es möglich ist, die ultralinken Tendenzen aus der KPD auszuschalten, wird die nächste Zeit beweisen müssen. Gelingt dies nicht, kann keine geschlossene rote Front dem Faschismus entgegengestellt werden, dann machen wir eine blutige Epoche durch, ehe wir an den Sturz der alten Ordnung denken können. Die „Generallinie“ war am besten geeignet, die kommunistischen Genossen zu beeinflussen. Sie wurde kassiert, da der Parteivorstand ihre Herausgeber nicht behindert, ihre Anschauungen im Parteiorgan zu verbreiten.

Die Diskussion wurde eröffnet vom Genossen Habermeyer, der politisch vollständig hinter dem Genossen Rück steht. Aus organisatorischen Gründen ist er gegen die „GL“. Die Anbiederung an die KPD bekämpft er. Sie sei ebenso zu bekämpfen wie die SPD.

Der Genosse Weiß ist gegen die Haltung des Parteivorstandes. Wir haben keinen Grund, die Methoden der SPD einzuführen. Die SAZ ist oft sehr ungeschickt aufgemacht und enthält auf einer Seite oft große Widersprüche. Zur Schaffung einer klaren Parteilinie und als Diskussionsorgan ist die „Generallinie“ sehr geeignet.

Genosse Peter tritt rückhaltlos für die „GL“ ein. Die unklare Haltung der SAZ hat bis heute die Werbearbeit sehr erschwert, darauf ist zum Teil der schlechte Wahlerfolg zurückzuführen. Wir haben alles zu tun, der SAZ ein anderes Gesicht zu geben.

Darauf sprachen noch Genossen Eckstein, Weinberger und Lösch, die sich hinter die Tendenz der „GL“ stellten. Genosse Strauß ist gegen die Herausgabe der „GL“. Meinungsverschiedenheiten sind nicht in der Öffentlichkeit auszutragen, was durch die „GL“ geschah. Strauß sieht in der freiwilligen Kassierung der „GL“ die Einsicht der Genossen um Schaber über ihr parteischädigendes Verhalten.

Im Schlußwort stellte Genosse Rück fest, daß das Hauptaugenmerk trotz aller Kritik auf die revolutionäre Linie zu richten sei. Von einer Anbiederung an die KPD kann keine Rede sein. Er selbst bekämpft die Fehler der KPD in der SAP wohl am konsequentesten, während viele andere Genossen rein stimungsmäßige Einheitsduselei treiben. Trotzdem haben wir uns die kommunistischen Grundsätze zu eigen zu machen und zu versuchen, mit der KPD zusammenzuarbeiten. So viele Fehler ihr bereits heute unterlaufen sind, sie hat sich immer vom Klassenverrat freigehalten, was von der SPD mit dem besten Willen nicht zu sagen ist.

Nur in einer großen kommunistischen Massenbewegung ist es heute noch möglich, eine richtige Waffe gegen den Faschismus zu schmieden. Daß die SAP diese Bewegung werde, darauf haben wir mit allen Kräften hinzuwirken.

Zur Abstimmung lagen dann folgende Resolutionen vor, die mit überwältigender Mehrheit angenommen wurden:

1. Die am Freitag, dem 20. Mai 1932 tagende Mitgliederversammlung der SAP und des SJV erwartet von der Redaktion der SAZ, daß nach Einstellung der Herausgabe der „Generallinie“ den Genossen, die programmatisch auf dem Boden der „Generallinie“ stehen, hinreichend Gelegenheit gegeben wird, ihre Ansichten in der SAZ frei zu äußern.
 2. Die gemeinsame Mitgliederversammlung der SAP und des SJV, Ortsgruppe Nürnberg, stellt sich hinter die von den Genossen Rück, Düby und Schaber in der „Generallinie“ vertretenen politischen Grundlinien. Sie ist der Auffassung, daß mit allen Mitteln in der Partei für die Durchsetzung dieser Grundlinien gearbeitet werden muß.
 3. Die Mitgliederversammlung billigt die Haltung und Entscheidung der Nürnberger Parteileitung in der Frage der „Generallinie“.
- Mit der Annahme dieser Resolutionen wurde die Versammlung geschlossen.

Warum ich zur SAP ging

In Bremerhaven ist ein Funktionär der Kommunistischen Jugend zur SAP übertreten und begründet diesen Schritt mit folgender Erklärung:

„Ich war längere Zeit im KJV als politischer Leiter des Stadtteils Bremerhaven tätig. Auf Grund meiner Erfahrung über den parteiologischen Standpunkt der KPD und seiner unbeschreiblichen und hemmenden Vormundenschaft der einzelnen Parteibürokratien über den KJV, insbesondere der überparteilichen Organisationen, bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß durch das Verhalten der Parteinstanzen die Einheitsfront niemals hergestellt werden kann, die allein nur die sichere Gewähr für die Niederrückung des Faschismus bietet. Daß die wirkliche Einheitsfront des Proletariats noch nicht zustande gekommen ist, liegt an dem bürokratischen Verhalten der KPD und SPD. Weil aber der Faschismus unbedingt siegt, wenn nicht in letzter Minute eine Einheitsfront aller proletarischen Organisationen, gleich ob SPD oder KPD, zustande kommt, rufe ich allen klassenbewußten Arbeitern zu, für die Ziele der SAP zur Einigung aller Arbeiterorganisationen, für den einheitlichen Kampf gegen den gemeinsamen Feind der Arbeiterklasse, den Faschismus, zu wirken.“

Dieses ist das höchste Ziel der SAP: „Einigung der Arbeiterschaft gegen den gemeinsamen Feind.“

Betrachten wir uns die gegenwärtige Situation etwas genauer. Während die KPD sich mit parlamentarischen Mätzchen beschäftigt, geht hinter den Kulissen derselben Parlamente etwas Wichtigeres vor sich. Während von der KPD eingeleitete Volksbegehren und Volksentscheide stattfinden, rüstet man sich im Lager der Reaktion zur faschistischen Militärdiktatur. Hier sind außerparlamentarische Massenaktionen (Lohnkämpfe, Streik, Generalstreik, politische Massenstreiks usw.) zu organisieren als Gegenaktion der gesamten Arbeiterschaft gegen eine etwaige Machtergreifung der Generalkamarilla.

Arbeiter, Werktätige! Alles schaut auf Deutschland. Das gesamte Weltproletariat sowohl wie die Imperialisten aller Länder, denn in Deutschland fällt die Entscheidung, ob das Proletariat weiter geknechtet oder sich den Weg aus der Krise schafft, der nur der Sozialismus sein kann.

Darum her mit der kampfschlossenen „eisernen roten Einheitsfront!“ Gedenkt der Worte unseres unvergeßlichen Führers Karl Liebknecht:

Eines bist du dem Leben schuldig, suche den Kampf oder suche die Ruh'. Bist du Amboß, sei geduldig, bist du Hammer, schlage zu!!

Karl Seidel.

Braunschweig

Öffentliche Erwerbslosenversammlung, Sonnabend, 28. Mai, 11 Uhr vormittags, im Restaurant Niedersachsen, Südklink, Genosse Jakob Walcher, Berlin, spricht über „Arbeitsbeschaffung, Erwerbslosensiedlung, Arbeitsdienstpflicht und neuer Abbau der Arbeitslosenversicherung.“ Eintritt frei!

Öffentliche Versammlung, Freitag, 27. Mai, 19,30 Uhr, im „Haus der geistigen Arbeit“ (Lesehalle), Hintern Brüdern. Thema: „Lohnabbau, Arbeitsbeschaffung und die Aufgaben der Gewerkschaften.“ Referent: Gen. Jakob Walcher, Berlin, früherer Leiter der Gewerkschaftsabteilung der KPD. Eintritt 20 und 10 Pf.

Kassel

Protestkundgebung gegen das Freidenker-Verbot. Der Kampfband gegen Kulturreaktion rief zum öffentlichen Protest auf: Maslowski, Berlin, war als Redner vorgesehen aber nicht erschienen, an seiner Stelle sprach Hornle, Berlin, dessen Rede eine wuchtige Anklage gegen das herrschende heuchlerische christlich-kapitalistische System darstellte und die klassenbewußte revolutionäre Arbeiterschaft zum Sturz dieser Tyrannen aufrief. An der Aussprache beteiligten sich einige Mitglieder des Deutschen Freidenkerverbandes, die sich dem Protest anschlossen und die vorgeschlagene Kirchenaustrittskampagne begrüßten. Ihre Kritik an der falschen kommunistischen Einheitsfrontparole und ihre Forderung der überparteilichen proletarischen Klassenfront wurde durch kommunistische Diskussionsredner in wahrheitswidriger persönlich gehässiger Weise beantwortet, wozu das Schlußwort des Genossen Hoerle trotz seinem Gegensatz zu den Diskussionsrednern sich durch seine Sachlichkeit wohltuend abhob. Wie lange noch wird es dauern, bis die KP ihre gehässige abstoßende Taktik aufgibt und die wirkliche Einheitsfront gegen unsere gemeinsamen Feinde herstellt? Die Versammlung litt unter schlechtem Besuch (rund 100 Teilnehmer), was aber wohl sicherlich auf die mangelhafte Vorarbeit der Veranstalter zurückzuführen ist. Öffentlich organisieren auch andere proletarische Organisationen, und hauptsächlich der deutsche Freidenkerverband (am besten aber alle gemeinsam), noch Protest- und Kampfkaktionen, denn es geht sie alle an.

Gegen Arbeitsdienst und Kriegsgefahr hat sich hier eine Arbeitsgemeinschaft proletarischer Jugendgruppen gebildet, die demnächst eine gemeinsame öffentliche Kundgebung mit eigenen Rednern veranstalten wird. Angeschlossen sind bis jetzt 7 Gruppen (Arb.-Abst. Jugend, KJ, Prolet. Freidenkerjugend, Deutsche Freidenkerjugend, Wehrlose der Guttempler, Freie Jugend und JSK-Jugend). Weitere acht Jugendgruppen sind eingeladen, haben sich aber noch nicht geäußert.

Höftermann für Krieg und Arbeitsdienst

Am Sonntag hielt das Reichsbanner in Bergedorf seine Gaukonferenz ab, auf der der Reichsbannerführer Höftermann eine Rede hielt, die das Tolltate an Nationalismus und Klassenverrat ist, was sich die Reichsbannerführer seit langem leisteten. Zur Ostfrage erklärte er, „wenn die nationalsozialistischen Führer der einstigen SA im Grenzgebiet den Auftrag gegeben hätten, sich nur bei kleinen Überfällen zur Wehr zu setzen, bei großen Angriffen jedoch sich zurückzuziehen, damit die SA ihrem Führer Hitler erhalten bleibe, so sei dies Landesverrat und Desertion schon vor Kriegsausbruch“. Also Wettlauf mit den Nazis in der nationalen Zuverlässigkeit, dagegen beziehungsweise kein Wort gegen die heute in Deutschland grassierende Polenthetze.

In dieser Linie paßte es dann auch völlig hinein, wenn Herr Höftermann, der ängstlich darüber wacht, daß die „Nahtstelle, die Arbeiterschaft und Staat verbindet“, nicht platzt, sich für den Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes einsetzt, der ja vor allem der „Ertüchtigung und Wehrhaftmachung“ der Jugend dienen soll. Er erklärte: „Wenn auch noch so viel Bedenken gegen den freiwilligen Arbeitsdienst bestehen, so müssen wir uns doch entscheiden, ob wir mitmachen oder fernbleiben wollen. Wollen wir nicht auf diesem Gebiet den Kampf um die deutsche Jugend und die deutsche Zukunft aufnehmen? Es gilt, die ungeheure Kraft, die in der Jugend liegt, für die Demokratie zu speichern.“

Diese Haltung ist der schlimmste Liebesdienst für die Reaktion. Daß eine durch Hunger und Nichtzahlung von Unterstützung erpreßte Sklavenarbeit ein Werkzeug der „Demokratie“ ist, das kennzeichnet die Demokratie, die Herr Höftermann meint. Aber diese Phrase täuscht nicht darüber hinweg, daß der Ausbau des Arbeitsdienstes die ungeheuerlichste Lohnabbau-Aktion ist, die bisher unternommen wurde. Es wird Aufgabe der Reichsbanner-Arbeiter sein, mit einer Führung, die derartig der Reaktion hilft, Schluß zu machen.

Ein kurzes Gastspiel

Der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Jacobsen, der vor einem Jahr zusammen mit seiner Frau zur KPD übertrat, hat dieser Partei jetzt — ebenfalls mit Frau — wieder den Rücken gekehrt. Den Anlaß dazu soll eine verschiedene Bewertung des Ausgangs der jüngsten Wahlen gegeben haben, die mit der offiziellen Parteimeinung kollidierte und darum mit dem Ausschluß geahndet werden sollte.

Auch eine „Arbeiter“-Partei

Die deutschen Faschisten bezeichnen sich als Nationalsozialistische Deutsche „Arbeiter“-Partei. Wie es in Wirklichkeit um diese „Arbeiterpartei“ bestellt ist, zeigt die Zusammensetzung der neuen preussischen Landtagsfraktion.

Von den 162 Abgeordneten bezeichnen sich ganze 8 Prozent, nämlich 15, als Arbeiter.

Da die Herrschaften hier ganz sicher ihren ursprünglichen Beruf angeben, so wäre es sehr interessant, festzustellen, wie viele von diesen denn auch heute noch als Arbeiter tätig sind, und wie viele inzwischen zu „Bonzen“, zu Parteiangestellten avanciert sind. Offen als „Bonzen“, als Parteiangestellte, bezeichnen sich nämlich nur 5 von den 162. Aber unter den 17, die sich schlicht als „Angestellte“ bezeichnen, befinden sich ebenfalls verschiedene, die inzwischen Nazi-Bonzen geworden sind.

Außerdem ist der Begriff sehr dehnbar, und es gibt Direktoren, die sich auch schlicht als Angestellte bezeichnen. 14 Abgeordnete sind Gutsbesitzer, also Junker, 20 bezeichnen sich als Landwirte, von denen die meisten ebenfalls Junker oder zumindest Großgrundbesitzer sind. 25 sind Beamte, davon 6 höhere, 14 mittlere Beamte und 6 Lehrer. 3 sind evangelische Pastoren. 5 sind ehemalige Offiziere, 1 ein Hohenzollernprinz (Auw), der sich bescheiden „Abgeordneter ohne Beruf“ nennt. 11 Abgeordnete sind Akademiker, 3 freie Schriftsteller und 10 Handwerker. Bei etwa 30 bleibt die berufliche Tätigkeit überhaupt dunkel. Hier dürfte es sich vor allem um die „Pgs“-Unternehmer usw. handeln.

Diese Zusammensetzung zeigt wohl am besten, was die Arbeiterschaft von einer solchen „Vertretung“ zu erwarten hat. Sie zeigt das wahre Gesicht dieser „Arbeiter“-Partei.

Die erdichteten Riesengewinne Kreuzers

Aus dem Bericht der Stockholmer Kriminalpolizei über die Verhöre der sechs verhafteten Angestellten des Kreuzerkonzerns geht deutlich hervor, daß die großen Kapitalien, nach deren Verbleib immer wieder gefragt wurde, zum größten Teil niemals existiert haben. Die meisten Riesengewinne der letzten Jahre waren erdichtet. Die Schulden wurden durch Anlage eines einzigartigen Netzes von Tochterunternehmen, deren Buchungen vollkommen falsch waren, verschleiert. Drei der verhafteten Kreuzer-Beamten trafen kurz vor Kreuzers Selbstmord mit ihm in Paris zusammen. Bei Aufstellung des Abschlusses von 1931 wurden Kreuzer Fragen vorgelegt, durch die es beinahe zur Entdeckung der Betrüb-

... und Deutschland ist gerettet

Gott sei Dank, jetzt endlich wissen wir, wodurch Deutschlands Sportler alle Olympischen Medaillen gewinnen werden. Die neue Uniform, das wichtigste in unserer Republik, ist da und alle Bürgersportler werden sich wieder einmal fühlen dürfen. Denn auch bei ihnen geht ja nichts über eine schneidige Uniform, und beim Einmarsch ins Stadion werden sie im Stechschritt mit geschwelter Brust schon vorher wissen: wir sind Sieger, so wie wir es immer waren. Und die Zuschauer, die vielleicht einmal Deutschland gesehen haben, wer-



den denken, es sei eine Abordnung von Hamburger Zimmerleuten gekommen...

Es lohnte sich nicht, über das Ganze ein Wort zu verlieren, wenn es nicht solch eine Frechheit von den Bürgersportbonzen wäre, erst über leere Kassen zu jammern, Gott und die Welt anzupumpen und dann neue Uniformen zu erfinden. Der Bürgersportler — leider laufen auch noch viele Arbeiter mit — sieht zu, und opfert noch dafür sein Geld und duldet, daß ein paar Herren für seine Groschen eine feudale Sommerreise machen. Dem Arbeitersportler werden aber die Sportplätze entzogen, weil für deren Unterhaltung das Geld nicht mehr reicht. Esweia.

gereien gekommen wäre. Der Selbstmord Kreuzers kann für die ihm Nahestehenden keine Überraschung gewesen sein, zumal er schon einige Wochen früher in Amerika mitgeteilt hatte, aus dem Leben scheiden zu wollen. Die Entdeckung war unvermeidlich, weil seine Direktoren forderten, die Reserve der (gefälschten) italienischen Staatspapiere einzusetzen. Die neuen Polizeiberichte haben weitere bisher unbekannte Gesellschaften und Persönlichkeiten zum Vorschein gebracht.

Sportschau der SAZ

Quer durch Pankow

Sonnabend nachmittag um 6 Uhr fällt in Pankow der erste Startschuß zum Straßenlauf „Quer durch Pankow“. Start und Ziel der Laufe durch die Hauptverkehrsstraßen von Pankow ist der Marktplatz Pankow (Kirche). Die Jugendstaffette, bestehend aus 10 Läufern, geht über 2000 m und ist offen im Ausgang. Offen sollte auch der Hauptkampf, die Staffette der Männer über 3000 m (10 Läufer 1 Mannschaft) sein. Bei den Frauen dürfte der ASV Rot-Weiß kaum zu schlagen sein. Veranstalter dieses Propagandalaufs ist die „Freie Sportvereingung Pankow“.

Leichtathletisches Sportfest und neue Höchstleistungen

Im Rahmen der 30-Jahrfeier der Fr. Turnerschaft Schweinfurt warteten auch die Leichtathleten mit großer Teilnahme und trotz der trüben Witterungstemperatur mit ausgezeichneten Leistungen auf. Die besten Leichtathleten aus Nürnberg, Hamburg und Würzburg waren am Start. Die Sportlerin Grottsch, FT Nürnberg stellte im Schleuderballwerfen mit 40,87 m eine neue Bundesbestleistung auf. Ebenso wurden folgende nordhayerischen Höchstleistungen verbessert: Große Olympische Staffette Nürnberg-Süd 3 Min. 49,4 Sek. 1900 m Schmidt, FT Nürnberg 4 Min. 27,2 Sek., Stabhochsprung: Schnappauf, FT Nürnberg 3,12 m, Kugelstoßen der Sportlerinnen: Grottsch, FT Nürnberg, 8,04 m.

Kleine Sportnachrichten

Frde Fußballlehrer Berlio a. V., Donnerstag, den 26. Mai 1932, 20 Uhr: Gruppe Norden: Jugendheim, Schönstedtsstraße 1. Rektor F. Schmidt spricht über Erlebnisse mit Kindern, Lehrern und Eltern in der weltlichen Schule. — Gruppe Nordosten: Christlicher Str. 14. — Gruppe Südosten: Große Frankfurter Straße 16. Vortrag. — Jeden Mittwoch Spielabend der Gruppen Norden und Nordosten, Humboldtthain (Sportplatz), ab 18 Uhr.

Organisationsnachrichten

SAP

Bezirksverband Berlin-Brandenburg: Groß-Berliner Mitgliederversammlung, Donnerstag, 26. Mai, 19.30 Uhr, bei Kliems, Hasenheide 15/16. Es spricht ein Redner der KPD. Thema: „Wir und die KPD“. — Gesamtverband, Generalversammlung, Freitag, 27. Mai, 19.30 Uhr, PKW, Berlin: SAP-Gesossen, Zusammenkunft Freitag, 27. Mai, 20 Uhr, im Sekretariat, Magazinstr. 15a. Freitag, 27. Mai 1932:

Ortsgruppe Steglitz: Freitag, 27. Mai, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal Schellhase, Ahornstraße 15a. Die Genossen der KPD sind eingeladen.

Ortsgruppe Neukölln: 20 Uhr, Funktionärssitzung bei Balke, Weiserstraße 42, Ecke Fuldstraße.

Unterbezirk Brandenburg a. d. H. Funktionärskursus Sonnabend, 28., und Sonntag, 29., in Brandenburg a. d. H. Beginn 17 Uhr bei Budig, Neust. Heidestraße. Leiter: Genosse Paul Frölich, Berlin. Anmeldungen beim Genossen Müller, Brandenburg, Mackerstr. 3. Quartier wird besorgt.

SJV

Heute, Donnerstag, 26. Mai, alle Genossen zu Kliems, Hasenheide 15/17, zur Mitgliederversammlung der Partei. Alle Gruppenveranstaltungen fallen aus. — UB, Neukölln: Alle Genossen 17 Uhr bei Kliems.

UB, Neukölln: „Rotes Jungvolk“, Fahrtenerhause Gruppenabende und EBL: Heute, 19.15 Uhr, bei Kliems (kleines Zimmer). Ausgabe von Flugblättern an den KJV und andere proletarische Jugendorganisationen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Döckstein, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlags-Ges. m. B. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montage. Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904. Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.

Staatstheater
Ober u. d. Linden
Donnerstag, 26. Mai
8 Uhr
Madame Butterfly

Volkstheater
Theater a. d. Linden
Donnerstag, 26. Mai
8,15 Uhr
Stern im Wasserglas

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weidner 3422
Donnerstag, 26. Mai
8.30 Uhr
Weekend im Paradies
Gartenbühne
5.30 Uhr:
Konzert und Variété
8.15 Uhr:
Zigeunerliebe

Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Donnerstag, 26. Mai
8 Uhr
Der Liebestrank

Schillertheater
Theaterstr., Gendarmenmarkt
Donnerstag, 26. Mai
8 Uhr
Abschied von der Liebe

Werbt für die SAZ

Das rote Gewerkschaftsbuch

erscheint zum 1. Juni als 5. Buch in der Reihe der „Roten Bücher“ der Marxistischen Büchergemeinde. Verfasser dieses Buches sind die Genossen
A. Enderle, J. Walcher, F. Weckerle und H. Schreiner.

Dieses Buch zeigt klar und eindeutig die großen Aufgaben, die die Gewerkschaften in dieser ökonomischen und politischen Krise haben.

Dieses Buch muß Du unbedingt lesen

wenn Du wissen willst, worauf es heute ankommt, welche Stellung Du in der Gewerkschaftsfrage und in der Gewerkschaftsarbeit einnehmen sollst. Aber nicht nur lesen mußst Du dieses Buch, sondern Du mußt überall bei allen Gewerkschaftskollegen für weiteste Verbreitung sorgen.

Das Buch kostet für Mitglieder der Marxistischen Büchergemeinde 3 Mk.

für Nichtmitglieder 4,75 M.

Solche Bücher wie dieses müssen in Massenaufgaben ins Volk. Zur Verbreitung solcher Bücher brauchen wir unsere Bücherorganisation, die Marxistische Büchergemeinde, die immer weiter ausgebaut werden muß und für die täglich neue Mitglieder gewonnen werden müssen.

Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 1 Mk., für 3 Monatsbeiträge bekommst Du 1 Buch

Melde Deine Mitgliedschaft an und bestelle sofort das Gewerkschaftsbuch bei dem örtlichen Literaturmann oder direkt bei

Freie Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15/16

wo Du auch Prospekte und Material anfordern kannst und jede weitere Auskunft über die Roten Bücher der Marxistischen Büchergemeinde erhältst.

Wissen Sie schon?

DIE ENTE

Aus dem Inhalt der Nr. 21.

Wie die Ente die Unterwelt entseelt. Erlebnisse d. frommen Helene in Hitlerhofen. Das unsittliche Insekt. Arzt u. Selbstmörder.

Ist die beste und billigste satirische Wochenschrift gegen Kulturreaktion, Spießertum und Presse.

Sie erscheint jeden Donnerstag

Preis 10 Pfennig

Probenummern gratis v. Verlag der ENTE

Berlin W 30, Haberlandstraße 7

KINO FÜR JEDERMANN

Potsdamer Str. 4, im Voxhaus am Potsdamer Platz B 1 Kurt. 2334

Ab Dienstag, 24. Mai:

Eine Nacht im Paradies

eine Tonfilm-Operette mit Anny Ondra, Hermann Thimig, Ralph Arthur Roberts, Margarete Kupfer.

Ufa-Tonwochenschau und das große Tonbeiprogramm.

Jugendliche u. Erwachsene 0,40 i. M

Tagl. ab 9 Uhr vorm.

Donstag. ab 3 U. nachm. bis 11 U. nachts.

Einzig. Tag- u. Nacht kino Berlins

PRATERMILIA

Lichtspiele Lichtspiel-Palast

Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9

Schönhauser Allee 130

Das große Doppelprogramm:
Nur 3 Tage! Nur 3 Tage!

2 in einem Auto

mit Magda Schneider, Richard Romanowsky, Karl Ludwig Diehl.

Das Geheimnis des Sergeanten X

mit Ivan Mozejukin, Trude v. Molo, Peter Voss und

Der Zug des Herzens

ein Tonfilm aus dem mondänen Paris

Irrwege des Lebens
3 Uhr große Jugendvorstellung (Sonntags) 6.30 und 9 Uhr.

Kampfsignal morgen neu!

Theater des Weddings
Müller, Ecke Selterstraße
Richard Tauber
in
Melodie der Liebe
dazu:
Das erstklassige Selbprogramm

Lichtspiele
am Stettiner Bahnhof
Invalidenstr. 127
Tonfilm-Tageskino
Der schönste Mann im Staate
mit Siegfried Arno und Lilli Harvey in
2 Herzen und 1 Schlag

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Richard Tauber.
in
„Melodie der Liebe“
mit Lion Deyers, Ida Wüst
dazu: Carl. And

Wenn dem Esel zu wohl ist

Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Marlene Dietrich, Anna May Wong im
Shanghai-Express
auf der Bühne
Die große Kapelle: Ruth und ihre Jazzboys

Klassensolidarität

Wer hilft den Opfern der Klassenjustiz

Von Erwin Heimbald

Die Sozialistische Arbeiterpartei hat sich zum Ziel gesetzt, die Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus und die Aufrichtung der Herrschaft des Proletariats, der Arbeiter und Bauern. Neben diesem ihrem Ziel ist es augenblicklich die Hauptaufgabe der Sozialistischen Arbeiterpartei, die Einheit der Klasse im Kampf gegen den Faschismus herzustellen. Sie hat durch die Schaffung von überparteilichen Abwehrkartellen, in denen sich bereits Arbeiter sämtlicher Parteien und Massenorganisationen vereinigt haben, den Grundstock gelegt für einen wirklichen Kampf gegen den Faschismus. Die SAP hat dadurch bewiesen, daß sie die Wegbereiterin der werdenden Einheitsfront des Proletariats ist und die ernsthaft den Kampf gegen den Faschismus organisiert.

Ein wichtiges Problem, das von außerordentlicher politischer Bedeutung in diesem Kampfe ist, was wird aus den Opfern, was wird aus den Angehörigen, Frauen und Kindern der im Kampfe gefallenen oder in die Zuchthäuser und Gefängnisse gesteckten Proletarier? Wer übernimmt die Verteidigung der von der Klassenjustiz angeklagten Genossen? Wer führt den Kampf um die Befreiung der Klassengenossen aus den Gefängnissen und Zuchthäusern? Kann es Aufgabe einer Partei sein, diese Fragen zu lösen? Nein! Diese Aufgabe kann nur von der gesamten Arbeiterklasse übernommen werden. Wie kann aber die Klasse diese ihre Aufgabe erfüllen? Gelöst werden kann dieses Problem nur dadurch, daß sich alle Proletarier, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, zusammenfinden in einer Organisation, die auf wirklich überparteilicher Grundlage allen Kämpfern gegen den Faschismus und gegen das kapitalistische System zur Seite steht. Diese Organisation hat die Aufgabe, die juristische, moralische und finanzielle Unterstützung der Opfer dieses Kampfes zu übernehmen, gleichzeitig den Kampf zu führen gegen die bürgerliche Klassenjustiz, und somit das Vertrauen zur kapitalistischen Klassenherrschaft zu untergraben und dadurch den Boden mit reif zu machen für den Sozialismus.

„Gibt es denn nicht schon eine solche Organisation?“ Die „Internationale Hilfsvereinigung“ (IHV) hat diese Aufgabe übernommen. Bis zum Jahre 1929 war die „Rote Hilfe“ die überparteiliche Hilfsorganisation der Proletarier Deutschlands und auch international. Aber mit der Einführung des ultralinken Kurses in der KPD begann die Degradierung dieser stolzen Einheitsorganisation der Arbeiterklasse zur bloßen Partei-Hilfsorganisation der KPD. Der Anfang wurde gemacht mit der Absetzung und dem Ausschluss der Genossen des Zentralvorstandes, die sich nicht auf dem Boden dieser falschen ultralinken organisationschädigenden und den Grundsätzen der Roten Hilfe widersprechenden Auffassung stellten. Die Folge davon war, daß die Rote Hilfe ihren überparteilichen Charakter verlor, das Organisationsleben vernichtet wurde und große Teile der Mitglieder die Organisation verließen. Man verweigerte politisch nicht auf dem Boden der KPD stehenden Mitgliedern Rechtsschutz und Unterstützung, setzte ihnen politisch nicht genehme Funktionäre ab oder schloß sie aus. Als Beweis für die vorher aufgestellten Behauptungen ist am charakteristischsten das Verhalten der Rote Hilfe bei der Verhaftung und Einlieferung des Genossen Roy, des Führers der Indischen Kommunistischen Partei, für den sich die Rote Hilfe einzutreten weigerte. Gen. Roy, der bis zur Entstehung der Differenzen in der Kommunistischen Internationale ihr Mitglied war, führte einen scharfen Kampf gegen den ultralinken Kurs und wurde demzufolge ausgeschlossen. Von der englischen Klassenjustiz war der Genosse Roy wegen seiner Tätigkeit für die Komintern in den Jahren 1924/25 angeklagt. Um eine Begründung für diese ihre schändliche Haltung zu haben, schreckte die Rote Hilfe nicht davor zurück, den Genossen Roy zu einem „Agenten des englischen Imperialismus“ zu stempeln. Die Reihe der Beweise könnte beliebig fortgesetzt werden und würde doch nur zu dem Ergebnis führen, daß die Rote Hilfe nicht mehr die überparteiliche Hilfsorganisation des Proletariats ist, sondern nur eine Parteifiliale der KPD.

Die „Internationale Hilfsvereinigung“, die seit dem Jahre 1924 noch neben der Roten Hilfe unter dem Namen „Hilfsverein für notleidende Frauen und Kinder politischer Gefangener“ bestand, ist von all den engstirnigen Fraktionskämpfern der KPD-Bürokratie auf Grund der gesunden Einstellung der Mitglieder und Funktionäre verschont geblieben und hat das Banner der überparteilichen Klassensolidarität aufrechterhalten und somit die Aufgaben übernommen, die die Rote Hilfe hätte erfüllen müssen. Auch in dem vorher geschilderten Fall Roy hat die Internationale Hilfsvereinigung eingegriffen und eine Kampagne für die Freilassung von Roy in Deutsch-

land und auch international geführt, die einen großen Widerhall nicht nur in der Arbeiterklasse, sondern auch bis in die Kreise des Bürgertums hinein gefunden hat. Auch für die amerikanischen Genossen Moony und Billing, die schon 15 Jahre unechuldig in den Gefängnissen der amerikanischen Bourgeoisie schmachten, hat die IHV als einzige Organisation in Deutschland die Initiative ergriffen und führt einen zähen, energischen Kampf um die Freilassung dieser Genossen in Wort und Schrift. Die IHV hat auch durch ihre praktische Solidarität in den letzten Jahren bewiesen, daß sie den Grundsatz der

Kampfjugend in Zürich

von Fritz Korn

Die sozialistische Jugend der Schweiz hielt Pfingsten in Zürich einen Jugendtag ab. Anlaß genug, diesen Jugendtag zu besuchen, um festzustellen, wie anderorts die Entwicklung zum Faschismus und das Versagen der sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen in der Verhinderung dieser „Entwicklung“ in die Barbarei in Deutschland gewertet wird.

Wir müssen Fühlung nehmen mit den Genossen im Ausland und Sympathien werben für unseren Kampf. Ich besuchte also den Jugendtag der schweizerischen Genossen in dem Bewußtsein, damit eine proletarische Pflicht zu erfüllen. Wenn auch nur wenig, die Genossen drüben in dem Glauben zu stärken, daß das deutsche Proletariat kein zweites 1914 mehr dulden wird. Ihr Genossen der Schweiz, ihr müßt uns helfen, ein zweites „Zimmerwald“ gegen die faschistische Gefahr zu schmieden. Noch ist es Zeit. Wenn Deutschland auch faschistisch wird, dann ist die Schweiz nur ein faschistischer Korridor.

Im republikanischen Polizeistaat

Noch sind wir aber nicht in der Schweiz. Unser Omnibus steht in einer Nebengasse. Die Fahnen werden verstaubt. Jeder kommt einzeln als Tourist. Genossen der SAJ, das ist „euer Staat“, der euch verbietet, für eure Idee zu werben, möchte ich ihnen am liebsten sagen, doch ich bin still, sie werden schon selber zu der Erkenntnis kommen. Sie könnten auch Verdacht schöpfen und mich nicht mitlassen.

Sie singen Volklieder: „Wie hat es Gott so schön gedacht“, um ja als sitzame Ausflügler zu erscheinen. Wenn ein Wachmeister an einer Ecke steht, machen sie schon erschrockene Gesichter, denn sie haben schon ein wenig diskutiert, wie die schweizerischen Genossen nun zu „unserer“ Politik eingestellt sind. Ich lasse die Häuser, die Bäume, die Wälder und Gärten an meinen Augen vorbeiziehen — und gestatte mir ab und zu einen unerwünschten Zwischenruf.

An der Grenze

müssen wir erfahren, daß wir in der demokratischen Schweiz gar nicht erwünscht sind; wir, die brave republikanische Jugend. Man hält uns scheinbar für Kommunisten, so halten wir es deshalb für notwendig, darauf hinzuweisen, daß wir doch die staatsverhaltende deutsche SAJ sind. Wie naiv sind doch die schweizerischen Grenzbeamten, uns mit der scheinbar revolutionär orientierten sozialistischen Jugend der Schweiz zu vergleichen. Glücklicherweise darf die humane Reisegesellschaft die Grenze passieren, sie kann nämlich das für die Schweiz nötige Reisegeld pro „Ausflügler“ vorweisen. So kommt man mit gemischten Gefühlen, die man zuvor noch ein wenig begossen hat, in Zürich an, und hat es noch etwas mit der Angst, aus dem Kanton Zürich verwiesen zu werden als „staatsgefährlich“. Mir scheint, es ist ein wenig romantische Einbildung dabei.

Bei der Eröffnungskundgebung

kam schon wieder eine Enttäuschung. Sie hörten ja gar nichts von Parlament und Staatsverantwortlichkeit, dagegen von Bereitschaft des Proletariats zur Revolution, von der Notwendigkeit des außerparlamentarischen Kampfes gegen Faschismus und imperialistische Kriegsgefahr, von dem Schutze der Sowjetunion, von der Rüstung der Klasse im Kampf gegen die Abrüstung zu neuem Kriege der bürgerlichen Klassengesellschaft. Empfiehlt nicht gerade das deutsche Proletariat das, was Genosse Nicola, Genf, sagte, am meisten aus eigenen Leibe: der Völkerbund ist nur ein Marionettentheater mit diplomatischer Regie. Warum sind gerade die schweizer-

überparteilichen Klassensolidarität treu geblieben ist und Hunderten von Klassengenossen und deren Frauen und Kindern, ohne Rücksicht auf ihre parteipolitische Orientierung, mit Rat und Tat zur Seite gestanden.

Auch unsere Genossen haben gerade in der letzten Zeit die Klassenjustiz und auch den Terror des Faschismus zu spüren bekommen, und es ist an der Zeit, auch dieses Problem in unserer Partei zu lösen. Es kann für uns nicht geben, Gründung einer neuen Organisation, sondern Unterstützung derjenigen Organisation, die im Interesse der Klasse und nicht einer Partei handelt. Denn die Genossen, die täglich den Kampf gegen den Faschismus und gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung führen, werden noch mit mehr Begeisterung und mit doppelter Kraft sich für die große Sache der Arbeiterklasse einsetzen, wenn sie das Bewußtsein haben, daß hinter ihnen die Solidarität der Arbeiterklasse steht.

rischen Jugendgenossen in stürmischen Beifall ausgebrochen?

Es war tatsächlich eine Willenskundgebung der proletarischen Jugend, die international orientiert ist, die ihre Stellung von der internationalen Lage abhängig macht, deshalb diskutiert sie auch heute schon, was zu tun ist im Falle eines Interventionskrieges gegen das rote Rußland: Die Waffen in die Hand nehmen gegen ihre Klassengegner!

Da hättet ihr unsere gute SAJ sehen sollen: Konnte man gegen die Einstellung nichts Rechtes einwenden, so nahm man Anstoß an der Lebenshaltung der Schweizer Genossen, sie sei „spießbürgerlich“, und damit auch die ganze Partei, sie hätte gar „keine Ursache, über die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zu kritisieren“, würden die in diesen Schuhen stehen, meinen sie, würden sie auch anders denken.

Kam man also politisch nicht auf seine Rechnung, man hörte weniger Phrasen (siehe Frankfurt) und sah mehr revolutionäre Tatbereitschaft, so warf man nachmittags auf der Spielwiese das Tanzbein um so höher.

Am Abend war eine Feier: das Programm wurde von deutschschweizerischen Genossen bestritten. Welche Gegensätze. Während Karl Heinz, Wien, das Werk in Wien und das Werk des roten Rußland als Etappen in dem Willen des Proletariats, die Produktion selbst zu regeln, bezeichnete, und deshalb auch verlangte, alle Energien anzuwenden, daß dieses Werk fortgesetzt werde, so spielte die SAJ Groß-Stuttgart Theater in einem groß aufgebauten, aber jeder revolutionären Grundlage entbehrenden Sprech- und Bewegungstheater.

Theatralische Aufmachung. Die alten Phrasen von „unserem“ Staat, der uns die Genossenschaft verbietet, von der „Eisernen Front“, und von der alleinseigmachenden, die Klasse mißachtenden Partei feierten Orgien. Die Stille während der Aufführung sagte genügend, daß es nicht das war, was die Jugend als Erlösungsweg aus der drückenden seelischen und wirtschaftlichen Not sucht. Sie will die Einreihung aller klassenbewußten Proletarier, auch der Kommunisten, in eine stählerne, rote Klassenfront. Der Beifall kam erst, als die roten Fahnen unter Fanfarenklang in den Saal eingeführt wurden.

Tags darauf war dann Demonstration.

Was sollten aber zwei schwarz-rot-goldene Fahnen und das Reichsbanner in Zürich? War es eine Demonstration Deutschlands in der Schweiz? Weiß diese Jugend, welche Verpflichtung sie damit auf sich nimmt: doch auch den Schutz der deutschen Kapitalisten? Die Schweizer haben auch eine „Demokratie“, aber sie führen nicht einmal in ihrem eigenen Lande die Nationalflagge mit. Eine faule Sache, die Kombination: patriotidiotische Internationisten!

Obwohl am Ende gemeinsam das Lied der „Verdammten dieser Erde“ gesungen wurde, bekam ich das Gefühl doch nicht los, als ob hier zweierlei „Internationale“ gesungen wurde, nämlich die eigentliche und die — deutsche! Die deutschen Sozialdemokraten sehen in höheren Wesen letzten Endes doch noch Rettung aus ihrer mißlichen Lage, von Herrn Brüning, dem Zentrum und dem Staat!

Bei der Überschreitung der Grenze ließ man sie freilich in Frieden, nicht einmal eine Zollrevision gab es, sie hatten sich sehr brav verhalten. Sie waren sehr enttäuscht über die Schweizer Genossen. Nun, ich nicht, ich hatte das von den Schweizer Genossen erwartet, ich konnte Sympathien werben für die revolutionäre SAP. Ich rufe deshalb alle Schweizer Genossen zum Kampf mit uns auf. Wir wollen keine Spaltung, sondern die Stärkung der Kampforgane des proletarischen Klassenkampfes, wir wollen eine aktionsfähige internationale Freundschaft!

„Gotteslästerung“

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rosenmann wurde heute der Vorsitzende der Freireligiösen Gemeinde Berlin, Max Blum, wegen eines Vergehens nach § 166 des Strafgesetzbuches zu einer Geldstrafe von 100 RM, anstelle einer an sich verwirklichten Gefängnisstrafe von einer Woche verurteilt.

Wir hatten kürzlich unseren Lesern bereits mitgeteilt, daß die Anklage auf Anzeige der „Katholischen Aktion“ hin erhoben worden war, weil auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde in der Pappelallee in Berlin ohne Tafel angebracht war, auf der es hieß: „Kreuze und andere Abzeichen religiöser Aberglaubens dürfen hier nicht niedergelegt werden.“

Hierin sah die Anklage eine Beschimpfung des Kreuzes und unmittelbar auch eine gegen die christliche Verehrung, — eine Einrichtung der Kirche — gerichtete Beschimpfung.

Der Angeklagte übernahm die Verantwortung für die Anbringung resp. Erneuerung der Tafel. Als Zeuge erschien der katholische Pfarrer Schubert, der bekundete, daß er „aus kulturhistorischem Interesse“ den Friedhof besucht habe und sich durch die Tafel verletzt gefühlt habe.

Der Staatsanwalt Mittelbach wollte zwar dem Angeklagten zubilligen, daß er berechtigt sei, auf seinem Friedhof Anordnungen zu treffen, die ihm geeignet erschienen; aber die Inschrift sei in ihrer Form verletzend, sie sei beschimpfend.

Genosse Rosenfeld wies in seiner Verteidigungsrede auf die auffällige Mehrzahl der Gotteslästerungsprozesse in letzter Zeit hin. Aber selbst in dem an sich durchaus bekämpfungswürdigen Rahmen, den die Reichsregierung mit ihrer Notverordnung gegen die Gottlosenverbände geschaffen habe, sei kein Platz für diesen Prozeß sichtbar. Der Angeklagte habe die ihm verfassungsmäßig zustehenden Rechte ausgeübt. Nicht er sei es gewesen, der die Gefühle Anderdenkender verletzt habe; verletzt seien hier die Gefühle der Mitglieder der Freireligiösen Gemeinde durch die Unduldsamkeit, mit der von dieser Gemeinde Fernstehenden auf dem Friedhof dieser Gemeinde Kränze mit religiösen Symbolen niedergelegt wurden. Dagegen habe sich der Angeklagte wehren müssen.

Eine Kritik in streng wissenschaftlicher Form, wie sie hier geübt sei, sei keine Beschimpfung. Der Angeklagte müsse daher freigesprochen werden.

Nach längerer Beratung verkündete das Gericht das für die heutige Klassenjustizverhältnisse bescheidende Urteil.

5 Monate Gefängnis

zu Ehren des japanischen Imperialismus

Am 21. Mai hatten etwa 150 Kommunisten gegen den japanischen Imperialismus und die Kriegshetze gegen die Sowjetunion demonstriert. Sie zogen vor die japanische Botschaft und brachten Rufe aus: „Nieder mit dem Imperialismus! Wir verteidigen die Sowjetunion!“ und zertrümmerten durch Steinwürfe zwei Fensterscheiben des Botschaftsgebäudes. In die rasch sich ansammelnden Menschenmassen wurden Flugblätter geworfen, die auf die akute Kriegsgefahr im Fernen Osten hinwiesen und zur Verteidigung der Sowjetunion aufforderten. Später wurde die Kundgebung durch die Polizei zerstreut.

Diese Vorgänge fanden ihr Nachspiel in einer Schwurgerichtsverhandlung in Berlin-Moabit. Angeklagt war der Schlosser Paul Hintzen, ein junger Mensch von 25 Jahren, der keiner politischen Richtung angehört. Er ist der einzige der 150 Demonstranten, der in die Hände der Polizei gelangt ist. Er hat bei Wertheim ein Stellungsgesuch eingereicht. Auf dem Rückwege bemerkte er die Demonstration und ging aus Neugierde hinzu. Bei der Ankunft der Polizei floh Hintzen mit den Umstehenden mit, was jedem, der sich einmal in ähnlicher Situation befunden hat, durchaus verständlich erscheinen wird.

Der Polizeiwachmeister, der H. festgenommen hat und der einzige Belastungszeuge ist, macht über die Beteiligung H.s sehr unbestimmte Angaben. Er hat nicht gehört, daß H. sich an den Rufen beteiligte, will nur gesehen haben, „wie er die Lippen bewegte“. Er hat dann H., der einen größeren Vorsprung hatte, auf der Flucht verfolgt und ihn mit Hilfe eines Privatkraftwagens am Kleinen Stern festgenommen. Man konnte auf Grund eines auch für die bürgerliche Justiz derart schwachen Beweisverfahrens kaum annehmen, daß die Staatsanwaltschaft die Anklage aufrecht erhalten würde. Aber weit gefehlt, der Staatsanwalt plädierte sogar auf Verurteilung wegen Gewalttätigkeiten, von denen in der ganzen Verhandlung überhaupt nicht gesprochen worden war und beantragte im Interesse „des Ansehens des Reiches“ die unerhörte Strafe von neun Monaten Gefängnis.

Hintzen, der sich ohne die Hilfe eines Anwalts verteidigen mußte, wurde zur allgemeinen Empörung trotz nicht erbrachten Tatbeweises zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Not der arbeitslosen Jugend

„Der Weg ins Leben“ in Deutschland / von E. Diemer

Die Katastrophe der arbeitslosen Jugend

Statistische Zahlen sind heute nur noch die Verkörperung einer Unannehmlichkeit von Not und Elend, das Thermometer, das die ständig steigende Fieberkurve der kapitalistischen Gesellschaftsordnung anzeigt. Wie sieht die Statistik über die Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen aus?

Arbeitslos gemeldet sind rund 600 000.

Aber das sind längst nicht alle; hinzu kommen diejenigen, die keinerlei Anrecht auf Unterstützung haben, und die sich aus diesem Grunde schon den Gang zu den Arbeits- und Wohlfahrtsämtern sparen. In Wirklichkeit sind es nicht weniger als

1 Million.

Das sind auch nur die Jugendlichen, die früher schon in Arbeit gestanden haben, ohne die

Hunderttausende Schulentlassene,

die nicht einmal mehr eine Lehrstelle finden. So verzeichnet eine westdeutsche Berufsberatung für das Jahr 1929 bei 5207 Ratsuchenden noch 1690 offene Stellen, 1931 bei 3069 Ratsuchenden nur noch 911 offene Stellen, eine rasend fallende Kurve der überhaupt noch offenen Stellen. In den Wochen am Ostern dieses Jahres fielen auf 150 Ratsuchende nur noch 15 Lehrstellen-Vermittlungen. Das bedeutet, daß

nur 10 Prozent der Schulentlassenen noch Aussicht auf eine Lehrstelle haben. Was geschieht mit den übrigen 90 Prozent?

Selbst Lehrlinge also, die für die Unternehmung ein willkommenes Ausbeutungsobjekt früher gewesen sind, sind nicht mehr begehrter als der Moloch Kapital. Bekannt ist das Heer der Tausende akademisch ausgebildeten Jugendlichen, die ebenfalls keine Möglichkeit finden, ihre Kenntnisse in die Praxis umzusetzen. Allein

32 000 Junglehrer

liegen heute auf der Straße.

Und was für Jugendliche sind es? Das ist die Jugend, die in den letzten Jahren vor dem Kriege oder im Kriege zur Welt gekommen ist, die mit Kriegsküchenkost kümmerlich groß gezogen wurde, deren Kinderstube vielfach enge, unzureichende Wohnungen waren, die den ganz unzulänglichen Unterricht während des Krieges und der ersten Nachkriegsjahre genossen hat. Es ist die Jugend, deren Wachstum in die Hungerjahre der Inflation fiel, und die daher in ihrer körperlichen wie geistigen Entwicklung fortgesetzt gefährdet war.

Eine Ironie des Schicksals ist es, wenn die Statistiker nach dem Kriege prophezeiten, daß infolge des Geburtenrückgangs im Krieg ab 1930 ein Mangel an jugendlichen Arbeitskräften einsetzen würde. Diese Rechnung hatte den großen Fehler, daß sie ohne den Wirt, nämlich den Kapitalismus gemacht worden war. Wir sehen heute, daß selbst für diese durchlöchernten Jahrgänge kein Lebensraum mehr vorhanden ist.

Oft wird das Wort „Verrohung“ der Jugend angewandt. Ja, verroht wird sie, aber nicht sie, sondern die Gesellschaft ist dafür verantwortlich zu machen. Sie verroht nicht nur, sie verkommt, sie geht zugrunde. Eine ganze Generation wird dem Untergang preisgegeben. Die Zahl der jugendlichen Verbrecher nimmt beängstigende Ausmaße an. In den Großstädten haben sich regelrechte Organisationen jugendlicher Verbrecherbanden aufgetan. Tausende von jugendlichen Arbeitslosen bevölkern heute die Landstraßen, von Haus zu Haus sich durchbettelnd. Kein Zweifel, wo viele von ihnen enden! Menschen, die man in sozialen Verhältnissen groß werden läßt, müssen notwendigerweise selbst sozial werden.

Was nützt den Jugendlichen die Berufslehre, nach deren Ablauf sie — wie es so schön heißt — „mit den besten Wünschen für das weitere Fortkommen“ auf die Straße gesetzt wurden. Die wenigen Kenntnisse und Fertigkeiten, die sie sich in der mehr oder weniger mangelhaften Lehre aneignen konnten, gehen durch die jahrelange Arbeitslosigkeit wieder verloren. Sie führt schließlich unvermeidlich zur Unfähigkeit, zum Nicht-mehr-arbeiten-können.

„Sie wollen gar nicht mehr arbeiten“ ist eine viel geübte Redensart geworden. Nimmt es jemanden wunder? Sie wollten einmal alle arbeiten! Aber selbst der stärkste Arbeitswille, die größte Arbeitslust werden systematisch zugrunde gerichtet durch das ewige „Faulenzen“-müssen, durch die stets wiederkehrende Erkenntnis der Nutzlosigkeit bei jedem Versuch, nur irgend etwas zu tun.

Je nach den Umständen, der Dauer und nach der persönlichen Eigenschaft der einzelnen haben wir das Heer der jugendlichen Arbeitslosen in drei typische Gruppen geteilt. Die erstere zeigt solche, die die erzwungene Untätigkeit gewaltsam gesprengt haben und dabei ins Asoziale abgeglitten sind, wozu auch

das politische Rowdytum zu rechnen ist. Die zweite sind die Menschen, die verzweifelt an sich selbst, ohne Hoffnung auf Besserung, völlig abgestumpft und interessenlos gegen alles geworden sind, deren Leben nur noch in einem Dahindämmern von dem einen in den anderen Tag besteht. Die dritte Gruppe wird durch diejenigen charakterisiert, die noch bemüht sind, ihren Drang nach Beschäftigung auf irgend eine Weise, durch Bastellei, Sport oder sonstige Wachzuhalten.

Wer kennt die unsäglichen seelischen Nöte, denen sie ausgesetzt sind, und die oft größer sind als die materiellen. In der Familie sind immer unerträglicher werdende Verhältnisse zwischen Eltern und Kinder das Resultat des jahrelang zu Hause Herumsitzens der „hoffnungsvollen“ Jugend. Ein Gespenst geht um, das noch ein übriges tut, sie vollends zu enturzeln: Die Sexualnot der Jugend. Eheschließungen unter jungen Menschen sind allmählich zur Seltenheit geworden. Die Zahl der jungen Mädchen wird mit jedem Jahre größer, die dem Schandparagraphen 218 zum Opfer fallen. Ebenso mehren sich die Fälle, wo Jugendliche mit dem berüchtigten § 175 in Konflikt geraten.

So wirkt sich die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen zu einer Katastrophe für eine ganze Generation aus. Nicht nur Jahre, ganze Lebensabschnitte gehen für sie unwiderbringlich verloren.

Mangelhafte Hilfsmaßnahmen zur Bekämpfung. Was tut der Staat und seine Instanzen, um die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen zu bekämpfen? Er tut nur so viel, womit er die schöne Geste seiner „Hilfsbereitschaft“ wahren kann. Und selbst darauf verzichtet er heute mehr und mehr. So lange der Staat kapitalistisch beherrscht ist, wird er nichts unternehmen wollen und können, um

der Arbeitslosigkeit der Jugend wie überhaupt der Arbeitslosigkeit ernsthaft zu Leibe zu rücken.

Der freiwillige Arbeitsdienst. Diese, im Sinne des kapitalistischen Staates äußerst raffinierte Einrichtung, bedeutet die größte Gefahr für die Arbeiterschaft. Hier werden Versicherungsgelder verwandt, um den Lohn für reguläre Arbeiten noch mehr herunterzudrücken. Hier ist die Gelegenheit geschaffen, wodurch der Arbeiter sich an ein tiefst heruntergesetztes Lebensniveau gewöhnen soll. Ein paar Groschen Taschengeld pro Tag ist der Köder, womit die Jugendlichen eingefangen werden. Der Arbeitsdienst ist die Einrichtung, in der auf sehr billige Art nach altem Muster der Kasernierungsmethode Menschen herangezogen werden, die unter Verzicht auf ihre persönliche Freiheit es sich gefallen lassen, daß eine Bürokratie für ihre notwendigsten täglichen Bedürfnisse sorgt.

Das kapitalistische System wird und kann das Problem der arbeitslosen Jugend und überhaupt der Jugend nicht lösen. Wir wissen, je länger sich der Kapitalismus noch hält, — und er wird sich noch lange halten, wenn nicht der entscheidende Stoß der Arbeiterschaft erfolgt — um so mehr wirkt er sich zur maßlosen Barbarei aus, um so mehr raubt er der Jugend den Lebensraum, liefert er sie dem Untergang aus.

Wer für die Jugend ist, muß für den Sozialismus sein. Nur der Sozialismus vermag es, der Jugend neuen, offenen Lebensraum, neuen Lebensinhalt zu schaffen. Er wird sie an den Platz stellen, wo sie Aufgaben zu erfüllen hat, wo sie ihre Kräfte spielen lassen kann nach Veranlagung, Neigung und Können.

Sozialismus heißt Leben für die Jugend, Kapitalismus heißt ihr Tod.

Arbeitsbeschaffung? - Arbeitsdienst!

Das bürgerliche „Berliner Tageblatt“ beschäftigt sich im Leitartikel vom 17. Mai (Abendausgabe) mit der landwirtschaftlichen Siedlung in Ostelbien. Das Blatt stellt fest, daß jene Arbeitsbeschaffungsaktion, die mit der soeben vom Reichstag beschlossenen Prämienanleihe finanziert werden soll, in der Hauptsache die landwirtschaftliche Siedlung betreiben soll. Und zwar handelt es sich um Besiedlung jener verkrachten ostelbischen Güter, die auch durch die stärkste Subventionierung von Reichs wegen nicht mehr vor dem Bankrott zu retten sind.

Für die Besiedelung wird ein Generalplan aufgestellt, und zu dessen Bestandteilen gehört: Hilfeleistung gegenüber den Siedlern, u. a. durch Bereitstellung von Arbeitsdienstkolonnen.

Es soll also die landwirtschaftliche Siedlungsarbeit durch einen mehr oder weniger freiwilligen Arbeitsdienst geleistet werden, die „Arbeitsbeschaffung“, die das Reich mit so großem Trara angekündigt hat, ist nichts anderes als ein Arbeitsdienst im breitesten Rahmen. Hierauf deutet auch die Äußerung Dietrichs in seiner Reichstagsrede, man werde für Arbeitsbeschaffung und auch sonst für Arbeitsdienst Sorge tragen.

Niemand wird behaupten können, daß die Siedlungsarbeit, die das Reich im kommenden Sommer vornehmen läßt, nur zusätzliche Arbeit ist, die sonst nicht ausgeführt werden würde. Im Gegenteil: Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogrammes könnte das Reich diese Siedlungsarbeit recht gut zu tarifmäßiger Entlohnung vornehmen lassen.

Vorstoß der Bauarbeiteropposition in Nürnberg

Der unter obiger Überschrift am 20. Mai in der „SAZ“ erschienene Artikel muß insofern berichtigt werden, als nicht über den Antrag des Genossen Müller, der die Einberufung einer allgemeinen Mitgliederversammlung forderte, abgestimmt wurde, sondern nur der Antrag eines KPD-Genossen, der sich gegen die Tolerierungspolitik sowie den gefällten Schiedspruch richtete, Annahme fand. Hat die Vorstandschaft schon gegen den letzten Antrag Stellung genommen und versucht, die Abstimmung zu verhindern, so ist es dem Ortsvorstand, Koll. Ziegler, durch seine famose Versammlungsführung gelungen, die Abstimmung über den Antrag auf Einberufung einer allgemeinen Mitgliederversammlung zu verhindern, indem er kurzerhand Schluß der Versammlung erklärte. Die anwesenden Kollegen wendeten sich mit aller Schärfe gegen den Versammlungsschluß. Ziegler erklärte dann, es müßten zuerst die festgesetzten Bezirksversammlun-

gen stattfinden, dann stehe einer allgemeinen Mitgliederversammlung nichts mehr im Wege. Wie sieht es nun mit einer Einberufung einer Mitgliederversammlung aus? Es hat in Johannis (Stadtteil) eine Bezirksversammlung stattgefunden, die wiederum den selben Antrag stellte, und was zeigte sich? Das erschienene Mitglied des Vorstandes, Kollege Wolfram, wandte sich mit aller Schärfe gegen die Einberufung einer Mitgliederversammlung, und zwar mit folgender Begründung: Eine Mitgliederversammlung ist völlig zwecklos, weil in den nächsten Tagen sowieso die Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Bauarbeitertarife zustande kommen kann, und weil zur Zeit keine Kampfmaßnahmen ergriffen werden können. Die Voraussetzungen dazu sind nicht gegeben. Die Kollegen der Opposition mußten nach diesen Ausführungen erklären, daß dies der Bankrott des BGB sei. Die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Kollegen werden sich mit dieser Feststellung nicht begnügen, sondern alles tun, um den Baugewerksbund wieder zu einer wirklichen Kampforganisation zu machen.

Streikmehrheit bei den Bauschlossern

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die Urabstimmung bei den Berliner Bau- und Geldschrankschlossern eine große Mehrheit für den Streik ergeben. Die im DMV-Statut vorgeschriebene Dreiviertel-Mehrheit ist weit überschritten. Ein erfreuliches Zeichen, daß die Arbeiter unter revolutionärer Führung (die Bauschlosservereinigung wird von einem oppositionellen Genossen geleitet) bereit sind, trotz Krise und Massenarbeitslosigkeit entschlossene Abwehrkämpfe zu führen.

Wie wir erfahren, wird der Streik nicht sofort allgemein durchgeführt. Vielmehr werden Streikleitung und Funktionäre festlegen, in welchen Betrieben sofort der Kampf aufgenommen wird.

Die Unternehmer haben ihrerseits den Schiedspruch auch abgelehnt, weil ihnen der Lohnabbau noch nicht weit genug geht.

Erster Großberliner Gewerkschaftstag

Einem wachsenden Bedürfnis entsprechend hat die SAP, Bezirk Groß-Berlin, beschlossen, allmonatlich sogenannte Gewerkschaftstage zu veranstalten, die ausschließlich der Behandlung von Gewerkschaftsfragen dienen sollen. Die erste dieser Veranstaltungen war für Dienstagabend mit dem Thema „Unser Kampf gegen Kapitaloffensive und unsere Stellung zum Arbeitsbeschaffungsprogramm“ einberufen und wies einen erfreulich guten Besuch auf.

Das Referat hatte an Stelle des verhinderten Genossen Jakob Walcher der Genosse Ed. Weckerle übernommen, der nach einer eingehenden Charakterisierung der augenblicklichen weltwirtschaftlichen Lage kritisch die verschiedenen gewerkschaftlichen Arbeitsbeschaffungsprogramme untersuchte und deren Unzulänglichkeiten nachwies. Der Mangel all dieser Programme bestehe vor allem darin, daß sie Wünsche an die Adresse der Regierung darstellten, statt Forderungen, die man der Arbeiterschaft zum Zwecke ihrer Mobilisierung zum Kampf vorlege und so die herrschende Arbeitslosigkeit zum Ausgangspunkt einer Massenaktion der Arbeiterschaft mache. Mit Nachdruck forderte der Referent, in den Gewerkschaften dafür einzutreten, daß die Periode der kampflösen Hinnahme von Lohnabbauaktiven und sozialen Verschlechterungen beendet und daß aus der entmutigenden Defensive in die Offensive übergegangen werde. Da jede Kürzung der Löhne und sozialen Leistungen nachweisbar die Arbeitslosigkeit steigere. Dies sei im Gegenwärtigen um so mehr der Fall, als infolge der steigenden Welthandelskrumpfung die deutsche Ausfuhr keinen Ausgleich mehr für die sinkende Kaufkraft im Inlande biete, sondern infolge der jetzt rasch sinkenden Ausfuhr die Arbeitslosigkeit in Deutschland auch vom Weltmarkt her einen starken Auftrieb erhalte. Darüber hinaus müsse die generelle Herabsetzung der Arbeitszeit mit Lohnausgleich als unmittelbares Kampfziel aufgestellt werden. Die Entwicklung erfordere darum von Seiten der Gewerkschaften höchste Aktivität, wobei man sich dessen bewußt sein müsse, daß die letzten Entscheidungen auf der politischen Ebene fallen und daß darum die Gewerkschaften sich nicht mehr auf rein gewerkschaftliche Kämpfe oder rein parlamentarische Aktionen beschränken können. Vielmehr sei es unerlässlich, die Kämpfe zu politisieren und sich auf die Herbeiführung außerparlamentarischer Entscheidungen zu rüsten.

Dem Referat schloß sich eine rege Diskussion an. Zum Schluß nahm die Versammlung noch einmütig drei Resolutionen an, von denen die eine sich gegen die Arbeitsdienstpflicht ausspricht, während die zweite die Gewerkschaften zu einer Boykottaktion gegen Japan aufruft. Die dritte Resolution setzt sich für einen Ausbau von oppositionellen Verbindungen mit denjenigen Gruppen in den Gewerkschaften ein, die, gleich der SAP, für die unbedingte Erhaltung und Stärkung der freien Gewerkschaften eintreten und die Auflösung der RGO fordern.

Polizei gegen Streikende

TU. Stockholm, 23. Mai 1932.

In der großen Zellstofffabrik in Munkund (Nordschweden) ist es am Montag infolge des Arbeitskonflikts zu Zusammenstößen gekommen. Ein großes Aufgebot streikender Arbeiter versuchte, gegen die Beamten vorzugehen, die die Verladung der Schiffe übernommen hatten. Der zuständige Landeshauptmann hat Polizeiverstärkung geschickt.

Ungarns Finanzdalles

Das Finanzministerium traf eine Verfügung, wonach am 20. Mai die Maigehälter und Pensionen der Beamten zur Hälfte ausbezahlt werden sollen, während der Rest erst in der ersten Junihälfte folgen soll.